

## Ein Theorem mit Verfallsdatum?

Der »Demokratische Frieden« im Kontext der Globalisierung

*Die Untersuchung leistet einen Beitrag zu einer Öffnung und Weiterführung der Debatte über den »Demokratischen Frieden«. Der erste Abschnitt bietet eine Skizze des aktuellen Forschungsstandes. Anschließend wird die Debatte über den »Demokratischen Frieden« mit einer anderen wissenschaftlichen Kontroverse verknüpft: der Auseinandersetzung über »Globalisierung« bzw. das Verhältnis von Globalisierung, Staat und Demokratie. Die Erweiterung der Perspektive rückt die Frage nach der Zukunft des »Demokratischen Friedens« im Angesicht ebenso manifester wie widersprüchlicher und krisenträchtiger Globalisierungsprozesse ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie führt zu der Erkenntnis, daß sich der Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden komplexer und mehrdeutiger darstellt als die meisten Analysen zum »Demokratischen Frieden« vermuten lassen. Wenn Staatlichkeit, Demokratie und Konfliktformen im Zuge von Globalisierungsprozessen transformiert werden, müssen auch für den »Demokratischen Frieden« neue Forschungshorizonte erschlossen werden.*

### 1. Einleitung<sup>1</sup>

Kaum eine politikwissenschaftliche These hat in den vergangenen Jahren solche fachinterne und öffentliche Aufmerksamkeit erregt wie die vom »Demokratischen Frieden« (DF), kaum eine hat derart engagierte Debatten ausgelöst, kaum eine hat eine vergleichbar große Zahl an empirischen und theoretischen Arbeiten hervorgebracht. Die Kernaussage des DF-Theorems, Demokratien führten (so gut wie) keine Kriege gegeneinander und lösten Interessenkonflikte häufiger als andere politische Systeme durch Verhandlungen, friedliche Streitbeilegung oder sonstige Mittel der Diplomatie, konnte von ihren Anwälten in teilweise beeindruckender Weise empirisch erhärtet werden. Ungeachtet aller Evidenz ist das DF-Theorem jedoch als

- 1 Für hilfreiche Kommentare zu früheren Fassungen des Manuskripts bedanken wir uns bei Hanns W. Maull, Volker Matthies und Reinhard Meyers sowie bei Christoph Weller und den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern der ZfIB. Gleichfalls zu großem Dank verpflichtet sind wir Timotheus B. Lescher, der sich – über inhaltliche und stilistische Anregungen hinaus – mit großer Kompetenz und Sorgfalt der Literaturrecherche und insbesondere der redaktionellen Gestaltung des Textes gewidmet hat.

Ganzes umstritten, wobei die Intensität der Debatte nicht zuletzt aus dem von Befürwortern und Kritikern gleichermaßen wahrgenommenen »exemplarischen« Charakter der These rührt, d.h. aus ihrer außergewöhnlichen theoretischen, empirischen und praktisch-politischen Bedeutung:

(1) Die *theoretische* Bedeutung ist offenkundig: Sollte es gelingen, einen signifikanten (oder gar kausalen) Zusammenhang zwischen der demokratischen Verfaßtheit von Staaten und ihrem friedfertigen Verhalten untereinander nachzuweisen, hätte dies für den Streit der wissenschaftlichen und politischen »Denkschulen« in den Internationalen Beziehungen erhebliche Folgen. So könnte sich beispielsweise in der aktuellen Auseinandersetzung zwischen den beiden derzeit einflußreichsten Schulen, der »liberalen« und der »realistischen«, zweifellos der Liberalismus in seiner Sichtweise bestätigt fühlen. Denn dessen Anhänger sehen in der inneren Verfassung von Staaten einen entscheidenden Einflußfaktor für deren Außenverhalten. Der Realismus hingegen, insbesondere der seit Ende der 1970er Jahre tonangebende »strukturelle Realismus«, wäre gezwungen, sich einer substantiellen Revision zu unterziehen, weil er das Außenverhalten von Staaten letztlich von den Strukturen und Mechanismen des »internationalen Systems« bestimmt sieht.<sup>2</sup>

(2) Die *empirische* Bedeutung des DF-Theorems liegt in dem Umstand, daß der überzeugende Nachweis einer praktischen Abwesenheit von Kriegen zwischen demokratischen Staaten der DF-These den Rang eines »empirischen Gesetzes« der internationalen Politik verleihen würde – ein Vorgang, der in der politologischen Teildisziplin Internationale Beziehungen Seltenheitswert hat. Gegen entsprechende Thesen der DF-Anwälte ist von Kritikern geltend gemacht worden, daß es sich bei dem unterstellten Zusammenhang zwischen der demokratischen Verfaßtheit von Staaten und ihrem friedfertigen Verhalten untereinander durchaus um ein Epiphänomen handeln könnte, gewissermaßen um ein Nebenprodukt anderer Variablen (wie sie etwa vom strukturellen Realismus für wirksam gehalten werden).<sup>3</sup>

(3) Unter *praktisch-politischen* Vorzeichen steht die Frage im Vordergrund, inwieweit der DF demokratischen politischen Systemen eine friedenspolitisch motivierte »Demokratisierungsstrategie« aufdrängt bzw. nahelegt. Denn wenn die Bedeutung der Demokratie auch und gerade darin besteht, daß sie eine Bedingung (möglicherweise sogar eine hinreichende Bedingung) nicht nur für den inneren, sondern auch für den internationalen Frieden ist, wäre es unter friedenspolitischen Gesichtspunkten folgerichtig, den demokratischen Gedanken über die Grenzen hinaus zu verbreiten und die Herausbildung demokratischer Regierungsformen in allen Staaten zu unterstützen oder aktiv voranzutreiben. Auf der anderen Seite ist die These vertreten worden, daß Staaten, die sich in einem Demokratisierungsprozeß befinden, aufgrund ihrer inneren Instabilität mit signifikant größerer Wahrscheinlichkeit in Kriege involviert würden als Staaten, die keinen Regimewechsel durchlaufen

2 Auf diese Konsequenz haben Vertreter der realistischen Strömung selbst hingewiesen. Vgl. Walt (1999: 146-151).

3 Vgl. hierzu generell Gowa (1999) und Gates et al. (1996). Von seiten des Realismus vgl. Layne (1994) und Spiro (1994).

(Mansfield/Snyder 1995). Zudem führten die »dramatischeren« Transitionen von autokratischen zu demokratischen Regierungsformen mit größerer Wahrscheinlichkeit zu Kriegen als weniger umfangreiche Änderungen (von Autokratien zu Anokratien).<sup>4</sup> Auch von Befürwortern der DF-These ist auf Fälle aufmerksam gemacht worden, in denen Demokratisierung zu einer Zunahme von Gewalt innerhalb von Staaten bis hin zum Zusammenbruch der inneren Ordnung geführt hat (Sørensen 1996: 379).

Im folgenden möchten wir nicht unmittelbar an diese gegensätzlichen Argumentationsstränge anknüpfen, sondern für eine Öffnung und Weiterführung der DF-Debatte plädieren, d.h. neben den bereits diskutierten auf weitere Problembereiche aufmerksam machen. Zu diesem Zweck setzen wir uns mit zentralen Prämissen der DF-Debatte auseinander und stellen diese in einen veränderten Bezugsrahmen, indem wir sie mit einer anderen großen wissenschaftlichen Kontroverse, der Debatte über »Globalisierung«, verknüpfen. Mit dieser Fragestellung versuchen wir zugleich einen Beitrag zur Vermittlung der DF-Debatte mit der parallel (aber weitgehend beziehungslos) laufenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung über das Verhältnis von Demokratie, Staat und Globalisierung zu leisten.

Während die DF-Debatte

- den Blick fast ausschließlich auf den klassischen zwischenstaatlichen Krieg richtet,
- den Staat als zentralen, handlungsfähigen Akteur in den internationalen Beziehungen konzeptualisiert
- und eine feste Beziehung zwischen Demokratie und Staat unterstellt, setzt die Globalisierungsdebatte den Akzent
- auf einen Bedeutungszuwachs nicht-staatlicher Akteure und die Bildung neuer Konfliktformationen jenseits des regulären zwischenstaatlichen Krieges,
- auf die Herausbildung (potentiell) globaler politischer Handlungsfelder und die Ausdünnung staatlicher Autonomie,
- auf die mit dem Autonomieverlust des Staates einhergehende Lockerung der Bindung zwischen Staat und Demokratie und die folgerichtige Gefährdung authentischer demokratischer Diskussions- und Entscheidungsprozesse
- und auf die Revision überkommener Demokratiemodelle, von der Vorstellung einer »cosmopolitan democracy« über »Weltbürgergesellschaften« zu Modellen überstaatlicher »deliberativer Demokratie«.

Unsere Analyse ist nicht darauf angelegt, den von der DF-Forschung immer wieder konstatierten *empirischen Zusammenhang* zwischen Demokratie und Frieden in

4 Mansfield/Snyder (1995: 9) definieren Anokratien als »political systems in which democratic and autocratic features are mixed, or in which very little power is concentrated in the hands of public authorities«. Für eine differenziertere Aufarbeitung des skizzierten Zusammenhangs siehe Gleditsch/Ward (1998, 2000). Zur Gewaltträchtigkeit von Regimewechsels im allgemeinen und zur Kritik an Mansfield/Snyder (1995) im besonderen siehe Gleditsch (1995: 560); Wolf (1996); Thompson/Tucker (1997). Siehe auch Enterline (1998).

Zweifel zu ziehen. Wohl aber sind wir der Überzeugung, daß die oben genannten »konventionellen« Grundannahmen der DF-Debatte (die im übrigen von Befürwortern wie von Kritikern der These gleichermaßen geteilt werden) im Angesicht akzelerierend fortschreitender Globalisierungsprozesse zunehmend an Plausibilität einbüßen und demzufolge nur für einen begrenzten historischen Zeitschnitt volle Gültigkeit beanspruchen können. Zwei Thesen leiten die Untersuchung:

*These 1:* Wenn im Zuge von Globalisierung eine Transformation von Staatlichkeit und Demokratie stattfindet, dann könnte dies, folgt man der Logik der DF-These, potentiell friedensgefährdende Konsequenzen haben. Auch wenn keine unmittelbare Friedensgefährdung eintreten sollte, böten solch qualitative Wandlungen allen Grund, Theorien über den Zusammenhang von Frieden und Demokratie nicht aufgrund offenkundiger (und auch von uns nicht bestrittener) historischer Evidenz umstandslos in die Zukunft zu verlängern, sondern sie einer wissenschaftlichen Dauerüberprüfung zu unterziehen.

*These 2:* Zieht man die mit Globalisierungsprozessen einhergehenden sozialen, ökonomischen oder ökologischen Verwerfungen, von denen auch Demokratien als Zentren der Globalisierung weder direkt noch indirekt verschont bleiben dürften, in Betracht, insbesondere die im Zuge globalen strukturellen Wandels bereits eingetretenen und noch zu erwartenden mannigfaltigen Destabilisierungsprozesse, ergibt sich ein erhebliches, möglicherweise gewaltträchtiges Konfliktpotential, das abermals eine allzu umstandslose Verknüpfung von Demokratie und Frieden unter Globalisierungsbedingungen fragwürdig erscheinen läßt.

Die Hoffnung vieler Autoren, die sich der Ambivalenz (und also Problembeladenheit) von Globalisierungsprozessen bewußt sind und dennoch an der Vorstellung einer dauerhaften globalen Friedensordnung festhalten, richtet sich auf eine Art »Weltinnenpolitik«, die gleichwohl von demokratischen Legitimationsprozessen nicht entkoppelt sein dürfe (vgl. Habermas 1999: 432). In diesem Zusammenhang setzen viele Globalisierungsanalytiker ihre Hoffnung darauf, daß es gelingen möge, dem durch Globalisierung bedrohten demokratischen Prinzip der Selbstbestimmung politischer Gemeinschaften durch neuartige Institutionensysteme, etwa durch einander überlagernde demokratische Institutionen auf verschiedenen funktionalen und territorialen Ebenen oder durch Modelle »deliberativer Demokratie« (vgl. Joerges/Neyer 1998), zu neuer Geltung zu verhelfen. Ob derart anspruchsvolle Projekte jedoch tatsächlich Realisierungschancen haben, ist umstritten und auch aus unserer Sicht eher zweifelhaft.

Es sprechen unseres Erachtens viele Argumente dafür, daß es unter Globalisierungsbedingungen nicht länger ausreicht, sich mit der Erkenntnis (und Handlungsanweisung) *Staat plus Demokratie gleich Frieden* zu begnügen. Wenn die mit einem vielschichtigen Globalisierungsprozeß einhergehenden Problemverschiebungen (neue Konfliktformationen, Ausdünnung staatlicher Handlungsautonomie, Aushöhlung demokratischer Prinzipien) keine adäquaten Antworten finden, könnten sie auf längere Sicht die schon jetzt unübersehbaren Legitimationsdefizite verstärken; sie könnten zudem konfliktverschärfend wirken und so auf Dauer selbst die »Zonen des Friedens« gefährden.

## 2. »Demokratischer Frieden« – Entwicklungslinien einer Debatte

Da das vorliegende Schrifttum zum DF-Theorem einerseits unter rein quantitativen Gesichtspunkten so umfangreich, andererseits aber auch inhaltlich bzw. thematisch so differenziert und beziehungsreich ist, daß es für die nicht unmittelbar an der Debatte Beteiligten immer schwieriger wird, Schritt zu halten und die vorgetragenen Argumente zu beurteilen, werden wir im folgenden zunächst eine strukturierte Zusammenfassung des Forschungsstandes zum DF geben.

So umstritten das DF-Theorem in vielerlei Hinsicht auch sein mag – über seine Kernaussage besteht weithin Einigkeit: Demokratien führen (so gut wie) keine Kriege gegeneinander;<sup>5</sup> zur Lösung von Interessenkonflikten bedienen sie sich vielmehr – im weitesten Sinne – diplomatischer Mittel (Dixon 1994; Russett et al. 1998; Raymond 1994; Mousseau 1998). Ungeachtet einer Reihe methodologischer Probleme<sup>6</sup> ist an der statistischen Korrelation des Zusammenhangs zwischen »Demokratie« und »Frieden« kaum zu zweifeln. Im folgenden steht daher nicht die statistische Methodenkritik, sondern die theoretische Ausdeutung dieses Zusammenhangs im Vordergrund.

Innerhalb der DF-Forschung haben sich im wesentlichen zwei abweichende Argumentationslinien herausgebildet: Die eine präferiert eine am Einzelstaat orientierte (»monadische«) Analyse und erklärt das Phänomen des »Demokratischen Friedens« aus den internen Strukturmerkmalen, insbesondere aus den institutionellen Beschränkungen, denen Regierungspolitik und somit auch Außenpolitik in demokratischen Staaten unterliegt. Die andere Argumentationslinie präferiert eine dyadische Analyse (d.h. die maßgebliche Analyseebene ist die Interaktion zwischen Staaten), hebt also nicht in erster Linie auf die institutionellen Beschränkungen von Demokratien ab (wenngleich diese im Hintergrund selbstverständlich ständig präsent bleiben), sondern akzentuiert die Eigentümlichkeiten, die das Verhältnis von Demokratien untereinander kennzeichnen; aus diesen spezifischen Beziehungsmustern, insonderheit aus den zwischen Demokratien offenbar wirksamen gemeinsamen Perzeptionen und Normen, wird eine Erklärung des »Demokratischen Friedens« zu gewinnen versucht.<sup>7</sup>

(1) Von seiten der monadischen Interpretationslinie werden im allgemeinen zwei Arten institutioneller Beschränkungen unterschieden. Die eine Restriktion resultiert aus dem Umstand, daß demokratische Regierungen ihren Bürgern, in welcher vermittelter Form auch immer, rechenschaftspflichtig sind, jenen Bürgern also, die – und hier schließt die monadische Argumentation an Immanuel Kant, den philosophischen Klassiker der DF-These, an – letztlich die Lasten eines Krieges zu tragen haben (vgl. Fröhlich 1997). Weil die Regierung vor allem dann, wenn der Preis eines Krieges in

5 Vgl. für einen Überblick: Russett (1993); Ray (1995); Brown et al. (1996); Weart (1998); Maoz (1997); Chan (1997); Risse-Kappen (1994b); Kahl/Teusch (1998); Elman (1997). Für einzelne statistische Erhebungen vgl. Maoz/Abdoli (1989); Bremer (1992, 1993); Weart (1994); Chan (1994).

6 Vgl. hierzu Vasquez (1987: 111f) und Dessler (1991: 337f); des weiteren den Beitrag von Green et al. (2001) sowie die sich an ihn anschließende Debatte in derselben Ausgabe der Zeitschrift »International Organization«.

7 Vgl. zur Entwicklung dieser Fragestellungen auch Nielebock (1993: 181f).

den Augen der betroffenen Bevölkerung hoch oder zu hoch ist, mit einem ablehnenden Votum in den turnusgemäßen Wahlen rechnen muß, ist die Neigung von Demokratien, sich in kriegerische Auseinandersetzungen verwickeln zu lassen, nur äußerst gering ausgeprägt. Die institutionellen Arrangements von Demokratien bewirken, daß die Forderungen, Wünsche und Präferenzen der politischen Subjekte, seien diese nun ethisch begründet oder aber Ausfluß eines schlichten Kosten-Nutzen-Kalküls, politisch wirksam werden können. Wie elitär und wie weit von einer wörtlich verstandenen Volks-Herrschaft entfernt ein demokratisches System auch sein mag, hier greift – demokratiethoretisch gesprochen – der Mechanismus der »responsiveness« der Regierenden gegenüber den Regierten, erweist sich Demokratie als funktionierende Rückkopplungs-Demokratie (vgl. Ember et al. 1992). Ein anderer, durchaus komplementärer monadischer Argumentationsstrang rückt die in Demokratien institutionalisierten »checks and balances« in den Vordergrund und verweist in diesem Zusammenhang auf die komplexen Verfahren zur Bestellung der Exekutive, den politischen Konkurrenzkampf und den Pluralismus des außenpolitischen Entscheidungsprozesses (vgl. Morgan/Campbell 1991; Morgan/Schwebach 1992).

Der neuralgische Punkt der monadischen Interpretation liegt in der Frage, ob die identifizierten institutionellen Beschränkungen lediglich im Kontext des DF wirksam sind, oder ob Demokratien generell eine friedliche (kriegsvermeidende) und gewaltüberwindende Außenpolitik betreiben. Ihre Außenpolitik wäre dann als friedlich zu bezeichnen, wenn sie im Vergleich zu Nicht-Demokratien weniger oder keine Kriege initiierten und im Falle von Kriegsverwicklungen stets das Opfer der aggressiven Außenpolitik anderer Staaten wären.<sup>8</sup> Dies ist jedoch – zumindest nach ganz überwiegender Forschungsmeinung – nicht der Fall: demokratische Außenpolitik ist keineswegs *prinzipiell* »pazifistisch«.<sup>9</sup> Demokratien sind zwar in ihren Beziehungen zu anderen Demokratien friedfertig, in ihren Beziehungen zu andersartigen politischen Systemen zeigen sie sich jedoch durchaus kriegsbereit und -fähig. Damit gerät die institutionell orientierte, monadische Variante der DF-These in einen gewissen Begründungsnotstand. Wenn Bürger und Entscheidungsträger tatsächlich vor den menschlichen und materiellen Kosten eines Krieges zurückschreckten, dann müßten diese Bedenken unter allen Umständen ihre Wirkung tun. Lediglich im Fall der breiten, konsensuellen Antizipation eines leicht zu erringenden Sieges würden die beschriebenen Restriktionen außer Kraft gesetzt; aber auch in diesem Sonderfall bliebe erklärungsbedürftig, warum Unterstützung für solche »small wars« allein gegen nicht-demokratische Regime mobilisiert werden kann, nicht

8 Vgl. Nielebock (1993). Was die Initiierung von Kriegen durch Demokratien angeht, so liegt kein einheitlicher Befund vor. Vgl. die unterschiedlichen Ergebnisse bei Small/Singer (1976); Maoz/Abdolali (1989); Maoz/Russett (1993); Owen (1994); Chan (1994: 638f).

9 Es gibt allerdings eine nicht unbedeutende Anzahl unter den DF-Forschern, die die Außenpolitik von Demokratien als generell friedlicher einschätzen als die von autoritären Regimen. Vgl. insbesondere Rummel (1995). Siehe auch Ray (1995). Raknerud und Hegre (1997) haben eine weiterführende Erklärung angeboten: Sie besagt, daß die »war-proneness« von Demokratien sich dadurch erklären lasse, daß sie dazu tendierten, andere Demokratien in Kriegen zu Hilfe zu kommen.

aber gegen Demokratien, und zwar auch dann nicht, wenn ein demokratischer Staat dem anderen militärisch mehrfach überlegen ist.<sup>10</sup>

(2) Die dyadische Interpretationslinie läßt sich in einen perzeptionstheoretischen und einen normativen Strang unterteilen. Beide Varianten stehen aus unserer Sicht nicht in grundsätzlichem Konflikt zu monadischen bzw. institutionellen Erklärungsversuchen, sondern lassen sich mit den dort gewonnenen Erkenntnissen sinnvoll verknüpfen. So basiert der perzeptionstheoretische Strang, also die von der dyadischen Interpretation hervorgehobene Bedeutung zwischenstaatlicher Perzeptionen für die Erklärung des DF, auf einer zentralen institutionellen Voraussetzung, nämlich der Transparenz, der Offenheit politischer Prozesse in Demokratien, die, so die These, bei potentiellen Gegnern einen Vertrauensgewinn (nicht zuletzt im Hinblick auf eine kriegsvermeidende Außenpolitik) bewirke. Zudem ermögliche die lange »Anlaufphase« für einen von einer Demokratie geführten Krieg die Aufnahme von Verhandlungen und gewähre der Gegenseite die Gewißheit, daß kein Überraschungsangriff erfolgen werde. Die gegenseitige Wahrnehmung dieser »Hemmungen« führe dazu, daß Demokratien sich voneinander nicht unmittelbar bedroht fühlten (vgl. Starr 1997; Bueno de Mesquita/Lalman 1992: 156f).

Die Kernaussage des normativen Erklärungsstrangs geht davon aus, daß ein demokratisches System bestimmte Normen und Erwartungen hinsichtlich der friedlichen Lösung von Konflikten fördert. Dieser Interpretation zufolge liegt das ausschlaggebende Element nicht darin, daß die Bürger auf die Entscheidungsträger einen mäßigen Einfluß ausüben, sondern darin, daß innerhalb demokratischer Staaten eine allgemeine politische Kultur friedlicher Konfliktlösung entstanden ist. Da diese Kultur die Freiheitsrechte moralisch autonomer Individuen selbstverständlich respektiert, tut sie dies auch gegenüber den Bürgern anderer liberaler Staaten; dies wiederum bringt notwendig den Respekt vor der politischen Unabhängigkeit dieser Staaten und insbesondere den Verzicht auf gewaltsame Intervention in deren Angelegenheiten mit sich. Gemeinsame Werte und Normen, nicht zuletzt die der friedlichen Konfliktbeilegung und des Selbstbestimmungsrechts, sind in dieser Sichtweise also von zentraler Bedeutung für die Zurückhaltung gegenüber anderen Demokratien (vgl. hierzu Doyle 1983: 213; Weart 1998: 14f, 267f, 293f).

Wie institutionelle und perzeptionstheoretische, so lassen sich auch institutionelle und normative Argumentationsstränge miteinander verknüpfen.<sup>11</sup> Ein wesentliches

10 Risse-Kappen (1994b: 374) hat zusätzlich auf einen wichtigen Aspekt aufmerksam gemacht: Wenn allein auf die Schwerfälligkeit von Entscheidungsprozessen abgehoben wird, »dann bestünde die entscheidende Differenz gar nicht zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien, sondern zwischen »starken« und »schwachen« Staaten. Das Kriterium wäre die Autonomie der politischen Systeme gegenüber ihren gesellschaftlichen Umfeldern sowie der Zentralisierungsgrad politischer Systeme. Je größer die Handlungsfreiheit der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger gegenüber gesellschaftlichen Anforderungen, desto eher wäre der entsprechende Staat zur Gewaltanwendung in der internationalen Politik bereit.«

11 Risse-Kappen (1994b: 374f) hat darauf aufmerksam gemacht, daß institutionelle und normative Erklärungen kaum zu trennen sind. Die Komplexität demokratischer Entscheidungsprozesse komme nämlich gerade dadurch zustande, daß ihre Regeln demokratische Werte und Normen institutionalisierten. Vgl. auch Owen (1994: 99).

Argument in diesem Zusammenhang lautet, daß innerstaatliche politische Institutionen und Normen, die Ausdruck der politischen Kultur liberaler Demokratien sind, gemeinsam als Restriktionen bei der Entscheidung über den Einsatz von Gewalt in zwischenstaatlichen Konflikten wirken. Moderne Demokratien sind offene, kompetitive Systeme, in denen konfligierende materielle Interessen und politische Wertvorstellungen aufeinandertreffen. Diese kompetitiven Prozesse werden allerdings durch Regeln, Prozeduren und Leitlinien kontrolliert, kanalisiert und in Grenzen gehalten. Da ein demokratisches System Mittel des staatlichen Zwangs nur in sehr zurückhaltender Weise einsetzen kann, wird es auf Dauer nur dann funktionsfähig sein, wenn es auf ein verbreitetes demokratisches Ethos bauen kann, wenn sowohl Entscheidungsträger als auch Bürger die auf friedlichem Wettbewerb, Kompromiß und Toleranz gründenden demokratischen Verfahrensweisen innerlich akzeptieren, ihnen zumindest implizit zustimmen und sie im Rahmen ihrer öffentlichen Aktivitäten als selbstverständliche politische Geschäftsgrundlage beachten. Im Rahmen der Verknüpfung institutioneller und normativer Argumentationsmuster wird nun davon ausgegangen, daß diese innerstaatlich eingeübten Verhaltensweisen der friedlichen Konfliktregulierung von demokratischen Staaten auf die internationalen Beziehungen ausgeweitet werden.<sup>12</sup> Demokratische Gesellschaften (bzw. deren Entscheidungseliten) schließen gewissermaßen von sich auf andere Demokratien, neigen also zu der Annahme, daß andere Demokratien sich nicht nur innerstaatlich, sondern auch in ihren auswärtigen Beziehungen friedlicher Mittel der Konfliktlösung bedienen werden.<sup>13</sup> Diese wechselseitigen Erwartungshaltungen werden in aller Regel durch das konkrete Konfliktverhalten der anderen Seite bestätigt. Demokratische Normen prägen nicht nur die »domestic politics«, sondern strahlen auch in die »international politics« aus, jedenfalls dann, wenn der Interaktionspartner dem gleichen Normengefüge verpflichtet ist (Risse-Kappen 1994a: 160; Starr 1997).<sup>14</sup>

- 12 In den Worten Michael Doyles: »Domestically just republics, which rest on consent, then presume foreign republics also to be consensual, just, and therefore deserving of accommodation [...]. At the same time, liberal states assume that non-liberal states, which do not rest on free consent, are not just. Because non-liberal governments are in a state of aggression with their own people, their foreign relations become for liberal governments deeply suspect. In short, fellow liberals benefit from a presumption of amity; nonliberals suffer from a presumption of enmity« (Doyle 1986: 1161).
- 13 Insbesondere Owen (1994, 1997) hat darauf hingewiesen, daß diese Erwartung davon abhängig ist, ob Staaten sich als demokratisch perzipieren. Zur Problematik einer solchen Erklärung, die letztlich darauf hinausläuft, daß »democracy is in the eye of the beholder«, vgl. Henderson (1999).
- 14 In konstruktivistischen Erklärungsversuchen ist dieses Verhalten von demokratischen Staaten bzw. die Ausbildung solcher Wahrnehmungsmuster zwischen Demokratien als *Lernprozeß* interpretiert worden: der DF erscheint hier als das Ergebnis einer *durch soziale Praxis gelernten Regel* (vgl. Risse-Kappen 1994b; 1995: 500). Soziale Praktiken und Normen »konstruieren« in einem fortdauernden Prozeß sowohl die Identitäten als auch die Interessen demokratischer Staaten und bringen schließlich eine intersubjektive soziale Struktur der Friedfertigkeit hervor, die wiederum ganz wesentlich die Erwartungsunsicherheit zwischen den Akteuren einer solchermaßen strukturierten Gemeinschaft reduziert (vgl. Hopf 1998: 178, 192f; Peceny 1997: 416f; Adler 1997).

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Begründungen und Erklärungen wird man den DF zusammenfassend (und mit aller Vorsicht) als Ergebnis der Interaktion von funktionierenden Rückkopplungsdemokratien bezeichnen können, von Demokratietypen also, in denen so viel Transparenz und Offenheit herrscht, daß die Ausbildung von wechselseitigen Vertrauensverhältnissen demokratischer Staaten sowie die Entstehung einer allgemeinen Kultur friedlicher Konfliktlösung erleichtert wird.

### 3. Der »Demokratische Frieden« im Bezugsrahmen der Globalisierung

Im folgenden werden wir die DF-These in einen neuen Bezugsrahmen, den der Globalisierung, rücken. Im Kontext der Globalisierung, so unsere These, erscheinen einige wesentliche Befunde der DF-Forschung in neuem Licht, bedürfen der Überprüfung, Modifikation oder Relativierung. Insbesondere erweisen sich einige vergleichsweise »konventionelle« theoretische Annahmen und inhaltliche Festlegungen der DF-Forschung als fragwürdig: So interpretiert diese den (demokratischen) Staat als zentralen, handlungsfähigen (und konfliktmindernden) Akteur in den internationalen Beziehungen, unterstellt eine stabile Beziehung zwischen Demokratie und Staat und beschränkt ihre Aufmerksamkeit auf den klassischen zwischenstaatlichen Krieg. Diese Engführungen, aus denen für die zukünftige Erklärungskraft und Relevanz des DF-Theorems erhebliche Schwierigkeiten entstehen könnten, sollen in den nachfolgenden Ausführungen skizziert werden; es geht dabei weniger um eine empirisch schon immer hinreichend zu belegende Tatsachenanalyse oder ein ausgearbeitetes Forschungsprogramm als vielmehr zunächst um eine gedankliche Fortentwicklung in der Gegenwart erst ansatzweise vorfindlicher Entwicklungstendenzen.

Auf den ersten Blick mag die von uns vorgeschlagene Änderung des Bezugsrahmens wenig fruchtbringend erscheinen, spricht doch vieles dafür, daß der Prozeß der Globalisierung in eine Richtung geht und Folgen zeitigt, die der Ausbreitung von Demokratie und demokratischer Friedenszonen keineswegs zuwiderlaufen, sondern – im Gegenteil – diese sogar voranzutreiben versprechen. Viele Autoren erwarten von Globalisierungsprozessen weitere Schübe in Richtung engerer ökonomischer Interdependenz<sup>15</sup> und verstärkter internationaler Kooperation (insbesondere in institutionalisierter Form) (vgl. Czempiel 1996: 97), einer dichteren Verflechtung und Einflußsteigerung der zahlreichen transnationalen Akteure, drastisch wachsende grenzüberschreitende Kommunikationsströme, erhöhte zwischengesellschaftliche Transparenz, forcierte kulturelle Angleichungsprozesse und die Herausbildung hoch interaktiver »Interessengemeinschaften« (Zielinski 1995; Zürn/Zangl 1999: 338f; Zürn 1996: 116; 1998a: 102f). Aus unserer Sicht jedoch steht die in solchen Annah-

15 Zur friedensfördernden Wirkung ökonomischer Interdependenz vgl. im Anschluß an Kants Schrift »Zum ewigen Frieden« Doyle (1986); siehe ferner Mueller (1988); Rosecrance (1987); für statistische Untersuchungen vgl. Oneal/Ray (1996); Oneal et al. (1996); Oneal/Russett (1997, 1999).

men präsente Vorstellung eines »eindimensionalen«, primär integrativen Globalisierungsprozesses zu vielen und zu gewichtigen Einwänden offen, als daß sie überzeugen könnte. Vielmehr gehen, so die im nächsten Abschnitt zu entfaltende These, mit den soeben skizzierten integrativen Momenten des Globalisierungsprozesses notwendigerweise auch desintegrierende, fragmentierende Tendenzen einher. Folgt man dem von uns präferierten Globalisierungsverständnis mit seinen drei zentralen Merkmalen der *Strukturalität*, der *Prozessualität* und der *Dialektik*, dann stellen sich auch der Zusammenhang von Globalisierung, Staat und Demokratie im allgemeinen sowie der Zusammenhang von Globalisierung und DF-These im besonderen weit problematischer dar, als dies bei Zugrundelegung eines »eindimensionalen« Globalisierungsbegriffs zu vermuten wäre. Um unsere Sichtweise schlüssig begründen zu können, ist es unabdingbar, in einem ersten Schritt unser Globalisierungsverständnis, insbesondere seine drei oben genannten Merkmale, detaillierter zu entwickeln. Daran anschließend werden wir auf der so geschaffenen argumentativen Grundlage in thesenartiger Form unsere Sicht einer ungewissen Zukunft des DF unter Globalisierungsbedingungen darlegen.

### 3.1. Ausprägungen von Globalisierung: Struktur, Prozeß und Dialektik

Der Begriff »Globalisierung«<sup>16</sup> hat sich im ausgehenden 20. Jahrhundert – ungeachtet der keineswegs marginalen Forschungszweige, die das Konzept als solches verwerfen und die von seinen Verfechtern behauptete empirische Evidenz bestreiten (vgl. Hirst/Thompson 1996, 1997; Weiss 1998a, 1998b) – zu einem sozialwissenschaftlichen Schlüsselbegriff entwickelt. Inzwischen gibt es zahlreiche Versuche, das Phänomen Globalisierung in die kurze Form einer Definition zu fassen. In ihrer Untersuchung »Global Transformations« definieren David Held u.a. Globalisierung als

*»a process (or set of processes) which embodies a transformation in the spatial organization of social relations and transactions – assessed in terms of their extensity, intensity, velocity and impact – generating transcontinental or interregional flows and networks of activity, interaction, and the exercise of power. In this context, flows refer to the movements of physical artefacts, people, symbols, tokens and information across space and time, while networks refer to regularized or patterned interactions between independent agents, nodes of activity, or sites of power«* (Held et al. 1999: 16, Hervorh. dort).

Zwar ist diese Definition – trotz ihres vergleichsweise umfassenden Charakters – nicht in der Lage, alle Gesichtspunkte von Globalisierung abzudecken; sie unterscheidet sich allerdings positiv von vielen konkurrierenden Begriffsbestimmungen: Sie ist multidimensional und offen angelegt (d.h. sie vermeidet die übliche Fixierung auf den Faktor Ökonomie); betont die Prozessualität von Globalisierung (ohne Ele-

16 Die derzeit wohl umfassendste und reflektierteste Globalisierungstheorie bietet das Gemeinschaftswerk von Held et al. (1999). Unter den zahlreichen neueren Buchveröffentlichungen zum Thema seien stellvertretend genannt: Scholte (1999) und Beck (1998). Vgl. auch den Literaturbericht von Teusch (1999).

mente der Teleologie oder einer *linearen* Entwicklungslogik ins Spiel zu bringen); gibt Kriterien an (*extensity, intensity, velocity, impact*), die es erlauben, zwischen verschiedenen (historischen) Globalisierungsformen zu unterscheiden bzw. den jeweils erreichten Stand von Globalisierung zu spezifizieren; macht auf die strukturelle Ebene von Globalisierung aufmerksam (*networks*); arbeitet eine Art »Wesenskern« von Globalisierung heraus (*transformation in the spatial organization of social relations and transactions*); versucht das »Globale« an der Globalisierung zu benennen (*transcontinental, interregional*); und verzichtet auf die vorschnelle Bewertung von Globalisierung als »Fortschritt« oder »Gefahr«.

Wir werden das oben skizzierte Globalisierungsverständnis im folgenden spezifizieren, indem wir eine (1) strukturelle, (2) prozessuale und (3) dialektische Dimension von Globalisierung entfalten (vgl. hierzu ausführlich Teusch 2001: 28-84).

(1) Der Hinweis auf eine *strukturelle* Dimension meint zunächst, daß Globalisierung nicht lediglich Beziehungen zwischen Menschen bzw. menschliche Handlungen und deren intendierte oder nicht-intendierte Folgen umfaßt, sondern sich auch auf viele Vorgänge erstreckt, die nicht dem gängigen Bild sozialer Beziehungen entsprechen: beispielsweise auf die oft weitreichenden und mitunter globalen Folgewirkungen von ökologischen Zerstörungen, von technischen Defekten (z.B. dem Ausfall eines Satellitensystems), von Kurseinbrüchen an Aktienmärkten oder der Preisentwicklung für Rohstoffe. Globalisierung umfaßt zudem weit mehr als nur *ein- oder wechselseitige* Kausalbeziehungen zwischen Personen, Ereignissen oder Prozessen, mehr auch als die *Summierung* derartiger »Wechselwirkungen« oder wechselseitiger Beziehungen. Vielmehr ist aus der Vielzahl von »*links*« längst ein Geflecht entstanden, das sich nicht länger durch die primäre Bezugnahme auf seine Elemente angemessen beschreiben läßt. Oft meint Globalisierung denn auch entweder die Herausbildung von komplexen Prozessen, interaktiven Netzwerken, Systemen oder auch Diskursen, die (zumindest potentiell) den gesamten Globus umspannen und eindeutige Kausalitätsbeziehungen oder räumliche Begrenzungen auflösen oder schon aufgelöst haben. Oder der Begriff bezieht sich auf faktisch globale Problemlagen (etwa im ökologischen Bereich), bei denen eine objektive globale Betroffenheit vorliegt, die geographisch allenfalls in ihrer Intensität oder Unmittelbarkeit variiert.

(2) Die *Prozessualität* der Globalisierung läßt sich spezifizieren, indem man das von Norbert Elias entwickelte Konzept des »gerichteten Prozesses« auf sie anwendet (Elias 1979: 221). In Elias' Theorie geht es um »das Problem langfristiger Wandlungen von Gesellschafts- und Persönlichkeitsstrukturen« (Elias 1977: 133) bzw. »die Erforschung der ungeplanten langfristigen Gesellschaftsentwicklung« (Elias 1977: 139). Wenn Elias die »Gerichtetheit« von bestimmten sozialen Prozessen behauptet und zugleich die Vorstellung einer Teleologie zurückweist, dann bestreitet er nicht nur, daß diese Prozesse auf ein von Menschen identifizierbares oder von ihnen vorab gesetztes Ziel zulaufen, sondern er wirft, zumindest indirekt, auch die Frage auf, ob sie überhaupt auf ein Ziel zulaufen, ob also zu erwarten ist, daß sie in unbestimmter Zukunft zu einem bündigen Schluß kommen werden. Auf den hier interessierenden Globalisierungsprozeß bezogen lautet demzufolge die Frage, ob dieser noch »unabgeschlossene« Prozeß sich als »abschließbar« erweisen und eines Tages

in voll ausgebildete Globalität münden wird, oder ob man gerichtete Prozesse als grundsätzlich ergebnisoffen anzusehen hat und insofern der Globalisierungsprozeß auch andere, unerwartete Wendungen nehmen (oder Abschlüsse finden) könnte. Elias' Konzept der »gerichteten Prozesse« läßt menschliche Autonomie von eher untergeordneter Bedeutung erscheinen und führt zur Frage, ob, gleichsam im Umkehrschluß, von einer »Autonomie« bzw. einer durch menschliches Handeln nicht (nennenswert) beeinflussbaren Eigendynamik »gerichteter Prozesse« und somit auch des Globalisierungsprozesses auszugehen ist.

(3) Unter den dynamisierenden und determinierenden Kräften, denen der Globalisierungsprozeß einen Gutteil seiner »Gerichtetheit« verdankt, sind jene von besonderer Bedeutung, die sich in Form von Dissonanzen, Spannungen, Widersprüchen oder allgemeiner: in Form von *Dialektiken* niederschlagen.<sup>17</sup> Zum einen kann man *immanente Widersprüche von Teilprozessen* beobachten, zum anderen gibt es *Widersprüche zwischen Teilprozessen* bzw. *immanente Widersprüche des Globalisierungsprozesses in seiner Gesamtheit*. *Immanente Widersprüche* von Teilprozessen manifestieren sich beispielsweise in der Krisenanfälligkeit des globalen Finanzsystems, in den bekannten, aber nunmehr potentiell globale Dimensionen annehmenden Problemen des »Marktversagens« oder auch in der mit wachsender Komplexität und geographischer Ausdehnung sich erhöhenden Störanfälligkeit, Verwundbarkeit und Fragilität technischer Systeme etc. Widersprüche *zwischen* Teilprozessen können schon allein durch die unterschiedliche Geschwindigkeit der Teilprozesse (z.B. der ökonomischen und politischen Dimensionen) ausgelöst werden, welche wiederum zu Spannungen mit Rückwirkungen auf die Akzeleration des Gesamtprozesses führen können. Aber auch der Umstand, daß »gerichtete Prozesse« nicht notwendigerweise »gleichgerichtet« sein müssen, kann entsprechende Auswirkungen haben; so lassen sich zum Beispiel zahlreiche Anzeichen für eine *prinzipielle* »Gegenläufigkeit« ökonomischer und sozialer oder ökonomischer und ökologischer Prozesse erkennen. Von der *immanenten* Dialektik des Globalisierungsprozesses bzw. seiner Teilprozesse läßt sich die Dialektik zwischen Globalisierung und *externen* Faktoren unterscheiden. Sie wird vielfach als Widerspruch beschrieben zwischen *Integration* und *Fragmentierung*, wobei der Begriff Integration weitgehend synonym mit dem der Globalisierung gebraucht wird. Aufgrund der bisherigen Erörterungen läßt sich jedoch diese Dichotomie nicht aufrechterhalten. Um als Gegenbegriff zur Fragmentierung gelten zu können, müßte Globalisierung ein rein integrativer Prozeß sein, was aber infolge ihrer dialektischen Momente nicht der Fall ist. Wenngleich nicht als Gegenbegriff zu Globalisierung konzeptualisierbar, ist Fragmentierung dennoch in mancherlei Hinsicht an Globalisierung gekoppelt. Das Mit- und Gegeneinander von (potentiell globaler) Integration und Fragmentierung erscheint in dieser Perspektive nicht als Ergebnis voneinander unabhängiger Prozesse. Während sich jedoch die

17 Vgl. hierzu u.a. Clark (1997); Maull (1995); Rosenau (1997). Ansätze für einen dialektischen Blick auf Globalisierung finden sich nicht zuletzt in Beiträgen, die sich kritisch mit den Folgen (bzw. vermuteten Folgen) von Globalisierung beschäftigen. Vgl. z.B. Tuathail et al. (1998) und Gray (1998a), des weiteren die Beiträge in Mittelman (1996).

oben besprochenen *immanenten* Spannungen, Widersprüche oder Unverträglichkeiten des Globalisierungsprozesses mit einer gewissen Zwangsläufigkeit ergeben (dergestalt, daß bestimmte Prozesse bestimmte Folgen hervorbringen oder bestimmte Anpassungsmaßnahmen bzw. Korrekturen gleichsam erzwingen etc.), handelt es sich beim Offenbar-Werden *externer* Widersprüche oder gar bei der Entstehung fragmentierender Gegenbewegungen um kontingentere Prozesse. Insbesondere fragmentierende soziale Bewegungen werden selten unmittelbar von Globalisierung *verursacht* oder *hervorgebracht*; vielmehr besitzen sie meist ein hohes Eigengewicht und eine von Globalisierung unabhängige Genese und müssen zudem von Menschen in Gang gesetzt und gehalten werden,<sup>18</sup> bedürfen also, um wirksam zu werden, eines Elements von Voluntarismus. Auch wenn man beispielsweise die gegenwärtige Stärke des Nationalismus oder des religiösen Fundamentalismus als fragmentierende Reaktionen auf Globalisierung interpretieren kann, bietet letztere in den meisten Fällen allenfalls eine günstige Konstellation für deren Wachstum oder Revitalisierung.

Dem hier präferierten Globalisierungsverständnis zufolge ist gegenwärtig die Dominanz der integrativen Kräfte zwar stark und scheinbar übermächtig, gleichwohl lassen die den Prozessen innewohnende Eigendynamik, Strukturierungsmacht und Dialektik keine sichere Prognose darüber zu, welche längerfristige Entwicklung zu erwarten ist. Demzufolge wäre Fragmentierung in umfassenderer Weise zu begreifen, als dies zur Zeit meist geschieht: nämlich als die notwendige, unvermeidliche »andere Seite der Globalisierungsmedaille«, mit der ebenso zu rechnen und die ebenso ernst zu nehmen ist wie die in der öffentlichen Debatte im Vordergrund stehende integrierende Seite. Es handelt sich bei Globalisierung nicht um einen einsinnig-linearen Fortschrittsprozeß; weit eher ist von einem Bündel in sich widersprüchlicher und untereinander sowie mit Phänomenen »außerhalb« des Globalisierungsprozesses in Widersprüche geratender und darum immer auch krisenhafter und krisenträchtiger, in jedem Fall aber »ergebnisoffener« Prozesse auszugehen.

### 3.2. *Globalisierung, Staat und Demokratie: Thesen zur Zukunft des »Demokratischen Friedens«*

Im folgenden werden wir unsere Sicht einer ungewissen Zukunft des »Demokratischen Friedens« unter Globalisierungsbedingungen in aufeinander aufbauenden Thesen detaillierter ausführen. Die Thesen beschäftigen sich (1) mit der Transformation des Staates hin zu einem »internationalisierten Wettbewerbsstaat«, (2) mit dem sich wandelnden Verhältnis zwischen Staat und Demokratie sowie (3) mit dem Versuch, die sich aus den beiden genannten Prozessen ergebenden Probleme durch internationale Kooperation zu lösen oder zu entschärfen. Auf der Grundlage dieser Argumentation sowie der im vorangegangenen Abschnitt entwickelten Globalisierungsanalyse kritisieren wir (4) die im Kontext der Globalisierung zunehmend fragwürdigen

18 Vgl. hierzu die Erörterungen zum Phänomen Nation/Nationalismus bei Teusch (2001: 228-275).

»konventionellen« Prämissen der DF-These und problematisieren ihre zukünftige theoretische Tragfähigkeit wie auch ihre praktische Relevanz.

### 3.2.1. Globalisierung und die Transformation des Staates

Gegenüber der verbreiteten Vorstellung eines »decline in the capacity of the state«, eines »retreat of the state« oder auch eines »end of sovereignty«, die allesamt auf der Vorstellung eines Nullsummenspiels basieren,<sup>19</sup> in dem die eine Seite das gewinnt, was die andere verliert, vertreten wir eine Konzeption, in der das Verhältnis zwischen Globalisierung und Staat nicht (allein) als Widerspruch gedeutet, sondern (auch) die Komplementarität der beiden Seiten betont wird. Ein wesentliches Merkmal von Globalisierung liegt dieser Sichtweise zufolge darin, daß Staaten nicht lediglich einem »outside-in determinism« ausgesetzt sind und in die Defensive gedrängt werden, sondern daß sie Schlüsselfunktionen im Globalisierungsprozeß erfüllen (vgl. u.a. Clark 1998: 489). Allerdings wäre es verfehlt – oder zumindest voreilig –, wollte man die von Staaten ausgeübten Funktionen innerhalb des Globalisierungsprozesses umstandslos als *politische* Steuerung dieses Prozesses interpretieren oder aus ihnen auch nur die *Möglichkeit* einer umfassenden politischen Steuerung herleiten. Daß Globalisierung ohne unterstützende und befördernde Aktivitäten von Staaten gegenwärtig nicht auskommt, heißt noch keineswegs, daß Staaten eine wirkliche Alternative zu derart unterstützendem und beförderndem Handeln besäßen, sie also eine »politische Wahl« hätten und auch ganz anders handeln könnten.

Der hier unterstellte Verlust an *politischer* Substanz, d.h. an *interner* und *externer* Autonomie (nicht notwendigerweise an formaler Souveränität) kann allerdings, insofern der Staat auch funktionaler *Teil* des Globalisierungsprozesses ist (vgl. Brown 1995), durchaus mit Zuwächsen an staatlicher Präsenz, an Aktionsradius, an – wie wir sie nennen möchten – *technischer* Macht einhergehen, d.h. der Staat wird lediglich in seinen *politischen* Funktionen schwächer, in seinen *technischen* Management-Funktionen (seinen Steuerungs- und Koordinationstätigkeiten, seinen infrastrukturellen Leistungen etc.) aber stärker (vgl. hierzu ausführlich Teusch 2001: 84-127, insbesondere 112f).

Über die skizzierte Transformation des Staates hinaus läßt sich im Kontext der Globalisierung auch eine wachsende »Internationalisierung des Staates« beobachten. Der internationalisierte Staat ist vor allem dadurch charakterisiert, daß er sich nicht eigentlich aus dem Geschäft der ökonomischen Intervention zurückzieht, sondern seine diesbezüglichen Aktivitäten neu ausrichtet, zum Beispiel indem er darauf bedacht ist, ein möglichst günstiges Investitionsklima (nicht zuletzt für »footloose capital«) zu schaffen oder den Arbeitsmarkt und insbesondere die Lohnkosten im Rahmen seiner Möglichkeiten so zu gestalten, daß ein Höchstmaß an Wettbewerbsfähigkeit erreicht wird (vgl. Pierson 1996: 171, 179f). In einem solchen Handlungszusammenhang sind es insbesondere die internationalen bzw. globalen Finanzmärkte,

19 Vgl. zu dieser problematischen Annahme Sassen (1996: 6).

die als »a ›permanent referendum‹ upon governments' capacity to pursue a ›sound economic policy‹« fungieren (Pierson 1996: 180). Gleichwohl bedeutet eine solche Abhängigkeit von globalen Märkten nicht notwendigerweise einen Rückgang staatlicher Aktivitäten. Im Gegenteil, in mancherlei Hinsicht kann die Verantwortlichkeit des Staates für die globale Wettbewerbsfähigkeit in seinem territorialen Zuständigkeitsbereich sogar einen Anstieg seines Engagements bewirken. Insofern ist es nicht in erster Linie der *Umfang*, sondern der *Charakter* der staatlichen Interventionen, der sich im Globalisierungskontext ändert. Wir beobachten einen Abschied des Staates von jener Art Intervention, die für den Keynesianischen Wohlfahrtsstaat typisch gewesen ist, und eine Hinwendung zu dem, was Bob Jessop (1996) als den »Schumpeterian workfare state« bezeichnet (vgl. Pierson 1996: 180f). Dessen strategische Ziele bestehen darin, Innovationen auf breiter Front zu fördern, die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft durch Interventionen auf der Angebotsseite zu steigern sowie die Sozialpolitik den Erfordernissen der Arbeitsmarktflexibilisierung und den Zwängen des internationalen Wettbewerbs unterzuordnen (vgl. Pierson 1996: 181). Ein Staat, der seine Attraktivität für ausländische Investoren erhöhen will, ist in der Regel ein »aktiver Staat«, der sich um seinen Arbeitsmarkt, sein Arbeitskräftepotential, die Qualität seiner Arbeitsbeziehungen, seine Infrastrukturen, seine Ausbildungscurricula, sein Steuersystem etc. kümmert, damit diese den Erfordernissen des Wettbewerbs gewachsen sind. Auch Umverteilung – sei es von Einkommen, sei es von Chancen – findet, wenn auch mit veränderter Akzentuierung, weiterhin statt (vgl. Pierson 1996: 203). Insofern dürfte der »Schumpeterian workfare state« weitgehend identisch sein mit dem, was in einer der ersten und bis heute wegweisend gebliebenen Analysen zur Rolle des Staates im Kontext der Globalisierung von Philip Cerny (1990) auf den Begriff des »Wettbewerbsstaates« gebracht wurde.

### 3.2.2. *Globalisierung und das sich wandelnde Verhältnis zwischen Staat und Demokratie*

Da Demokratie und Staat entwicklungsgeschichtlich eng verkoppelt sind, liegt die Überlegung nahe, daß der in der ersten These skizzierte politische Substanzverlust des Staates westlicher Prägung insbesondere auf Kosten hergebrachter demokratischer Prozesse gehen könnte. Denn während mit dem Staat, wengleich in erster Linie in Gestalt eines vergleichsweise »entpolitisierten« Wettbewerbsstaates, auch in Zukunft zu rechnen sein wird, könnte die Demokratie, als Folge von Globalisierung und mit ihr einhergehender Prozesse, auf Dauer zu einem bloß formalen, praktisch weitgehend folgenlosen Verfahren verkümmern – mit möglicherweise einschneidenden Konsequenzen für (national-) staatliche demokratische Legitimität. Haftete den emphatischen, am Ideal einer wörtlich verstandenen Volks-Herrschaft oder doch zumindest an einer starken Partizipation orientierten Demokratiekonzeptionen angesichts der schieren Größe und des Komplexitätsgrades moderner politischer Systeme schon seit längerem der Makel der Praxisuntauglichkeit an, so geraten im Zeichen

der Globalisierung nun auch Voraussetzungen weniger anspruchsvoller Demokratie-  
modelle unter Druck.

An der Entstehung dieser Konstellation sind die Staaten selbst – zumindest soweit sie als »Wettbewerbsstaaten« agieren – selbstverständlich wesentlich beteiligt; und auch gegenwärtig tragen sie in der Regel zu einer noch stärkeren Profilierung dieser Konstellation bei: so reduzieren sie vielfach Leistungen und soziale Sicherheiten, um angesichts nahezu globaler Standortkonkurrenz den Faktor Arbeit zu verbilligen – und zwar auch dann, wenn Flexibilität und Mobilität unternehmerischer Tätigkeiten sowie der zunehmende Konkurrenzdruck Unternehmen zu Rationalisierungen oder zur Verlagerung von Arbeitsplätzen und damit zu Entlassungen zwingen. Das sich daraus ergebende Dilemma besteht darin, daß zu einem Zeitpunkt, an dem der gesellschaftliche Bedarf an staatlichen Leistungen zur Abfederung von Globalisierungsfolgen steigt, Staaten sowohl mit zumindest stagnierenden Finanzierungsmöglichkeiten als auch – wie in unserem Beispiel – mit Standortfragen konfrontiert sind und sich damit unter Umständen wesentlicher Mittel beraubt sehen, die Grundlagen ihrer Legitimation zu sichern.<sup>20</sup> Zwar läßt sich (bisher) kein alarmierender Rückgang der Steuereinnahmen oder der Staatsausgaben (Sozialbudgets) feststellen; dies bedeutet allerdings nicht, daß die nationalen Besteuerungsgrundlagen vom Steuerwettbewerb unbeeinflußt blieben. So zeigt die empirische Untersuchung der Entwicklung der Steuerpolitiken der OECD-Staaten in den letzten zwei Jahrzehnten, »daß die Steuerquote ohne Steuerwettbewerb höher wäre, daß die Kapitalbesteuerung ohne Steuerwettbewerb mehr Einnahmen generiert hätte und daß die Steuer- und Abgabenbelastung auf Arbeit geringer wäre« (Genschel 2000: 274). So aber »hat der Steuerwettbewerb die Regierungen daran gehindert, die Kapitalbesteuerung stärker an der Finanzierung der gestiegenen Staatsausgaben zu beteiligen. Statt dessen mußten sie die Besteuerung von Arbeit und Konsum deutlicher erhöhen, als für Beschäftigung, Gerechtigkeitsempfinden und langfristig auch die Steuereinnahmen gut ist« (Genschel 2000: 277).

Reduziert sich Regierungshandeln in »Wettbewerbsstaaten« – vermeintlichen oder tatsächlichen Sachgesetzmäßigkeiten der Globalisierung folgend – auf die Funktion eines Transmissionsriemens insbesondere zwischen einer globalisierten Ökonomie und dem jeweiligen (national-) staatlichen Segment dieser Ökonomie,<sup>21</sup> dann ist auf längere Sicht nicht auszuschließen, daß die solcherart agierenden demokratischen Regierungen von den betroffenen Bevölkerungen primär als ohnmächtige Opfer oder als willfährige Agenten mächtiger, oft anonymer und »unverfaßter« Globalisierungskräfte wahrgenommen werden und nicht (mehr) als Sachwalter ihrer eigenen Interessen,

20 Einen Überblick über *empirische* Untersuchungen zum Zusammenhang von Globalisierung und Staatstätigkeit geben Schultze/Ursprung (1999). Für die These, daß Staaten ökonomischer Handlungsspielraum verbleibt und sie entsprechend ihrer je spezifischen institutionellen Strukturen auch unter den Bedingungen von Globalisierung deutlich unterschiedliche ökonomische Strategien verfolgen können, vgl. insbesondere Garrett (1998) und Bernauer (2000). Zum Diskussionsstand vgl. auch Grande/Risse (2000: 244-245).

21 Dieses Bild stammt von Cox (1992).

wie sie es in den von den Anwälten des DF beschriebenen funktionierenden »Rückkopplungsdemokratien« noch waren.<sup>22</sup> Zwar wirkt sich Globalisierung auf verschiedene Staaten in unterschiedlicher Intensität und in durchaus unterschiedlicher Art und Weise aus. Wenn aber (national-) staatliche, demokratisch gewählte Regierungen angesichts der beschriebenen Problemlagen *generell* nicht mehr in der Lage zu sein scheinen, ihre Bürger ausreichend gegen die oftmals krisenhaften Auswirkungen von Entscheidungen, die jenseits ihrer Grenzen getroffen werden, zu schützen bzw. die (ökonomische) Sicherheit binnenstaatlicher sozialer Akteure in ausreichendem Maße zu gewährleisten (vgl. Habermas 1999; Zürn/Zangl 1999: 333), droht neben einem ersten Legitimitätsverlust auch die demokratische Bürgerbeteiligung ausgehöhlt zu werden und sich bei den Betroffenen, handele es sich um einzelne Bürger oder politische Gemeinschaften, »an intense feeling of powerlessness« einzustellen (McGrew 1997: 238). Degeneriert Demokratie aber, nicht zuletzt in Gestalt des Wahlvorgangs, zu einem »merely symbolic act« (Strange 1996: 197), weil im »Wettbewerbsstaat« keine wirklichen politischen Alternativen mehr möglich sind und in der Folge formale Partizipationsrechte und tatsächliche Einflusseffektivität immer deutlicher auseinanderfallen, könnte früher oder später eine Situation entstehen, die von einer verbreiteten »political frustration« (Cerny 1990: 243) bestimmt ist. Wenngleich diese sicherlich nicht geradewegs zu einer Gefährdung der bisher als konsolidiert geltenden westlich-industriellen Demokratien führen wird, sollten mahnende Stimmen nicht überhört werden, die eine bedrohliche Destabilisierung von Demokratien durch Globalisierungsfolgen oder sogar das Heraufziehen eines »autoritären Jahrhunderts« nicht ausschließen.<sup>23</sup> Zumindest spricht einiges für die Befürchtung, daß sich die Kosten von autoritären Lösungen verringern könnten (vgl. Mahnkopf 1998). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern eine als Folge von Globalisierungsprozessen überstrapazierte politische Problemlösungskapazität demokratischer Systeme auf längere Sicht zu einer nachlassenden Unterstützung von demokratischen Institutionen führen und insbesondere illiberalen oder radikalen Akteuren Auftrieb geben könnte – solchen Akteuren also, die scheinbar einfache Wege und Auswege anbieten und damit nicht zuletzt bei denjenigen gesellschaftlichen Gruppen Anklang finden, die sich von demokratisch gewählten Regierungen nicht mehr vertreten fühlen. Die skizzierte Problemlage müßte unseres Erachtens gerade im Kontext der DF-Forschung be-

22 Zum Begriff »unverfaßter« (ökonomischer) Mächte vgl. Mahnkopf (1998: 60f).

23 Vgl. für eine solche Vermutung auch Dahrendorf (1997). John Gray (1998b: 154) konstatiert: »If democratic governments leave citizens to their own devices in responding to the risks imposed on them by global markets we may be sure that, as in the 1930s, anti-liberal movements will arise which challenge democratic government.« Ethan Kapstein mahnt, Politiker und ihre ökonomischen Berater nähmen die durch die Globalisierung hervorgerufenen »profound troubles affecting their societies« nicht wahr. »Like the German elite in Weimar, they dismiss mounting worker dissatisfaction, fringe political movements, and the plight of the unemployed and working poor as marginal concerns compared with the unquestioned importance of a sound currency and balanced budget. Leaders need to recognize the policy failures of the last 20 years and respond accordingly. If they do not, there are others waiting in the wings who will, perhaps on less pleasant terms« (Kapstein 1996: 37). Vgl. des weiteren Attali (1997) und Barber (2000).

sondere Beachtung finden, denn immerhin kann auch nach Meinung der meisten DF-Forscher der »Demokratische Frieden« durch das bloße Vorhandensein formeller demokratischer Verfahrensweisen nicht gesichert werden, sondern bedarf einer substantiellen »liberalen« Demokratie als Grundlage (vgl. zu diesem Problemkreis Zakaria 1997 und Braumoeller 1997).

### 3.2.3. *Globalisierung und die Grenzen überstaatlicher Kooperation*

Entschließen sich Staaten nun dazu, nicht mehr allein, etwa durch unilaterale Deregulierungen, Wettbewerbsvorteile im Globalisierungsprozeß zu erreichen oder auch – meist in Reaktion auf gesellschaftliche Proteste – die Folgen des Prozesses wenigstens partiell abzumildern, sondern in den Prozeß *gestalterisch* (und das heißt: *politisch*) einzugreifen, so ist dies nur dann erfolgversprechend, wenn es in intensiver Kooperation mit anderen, ähnlich gesinnten Staaten geschieht. Vorderhand deuten die Offenheit demokratischer Systeme und die zwischen ihnen in der Regel bestehenden Vertrauensverhältnisse auf die (auch im Rahmen der DF-Forschung empirisch untermauerte) Feststellung, daß die demokratische Verfaßtheit von Staaten eine ausgezeichnete Voraussetzung für internationale Kooperation ist. Ein sich im Zuge von dauerhafter Zusammenarbeit zwischen stabilen Demokratien entwickelnder institutioneller Rahmen, eingeübte kooperative Routinen und Erfahrungen gelungener Entscheidungsfindungen wirken in der Regel darüber hinaus als Katalysatoren für weitere – oftmals vertiefte – Kooperation. Durch ein vergleichsweise dichtes Netz kooperativer Beziehungen ist unter Demokratien tatsächlich bereits ein bemerkenswertes Maß an Problemlösungsfähigkeit und Verhaltenssicherheit erreicht worden. Unter diesem Blickwinkel ist zwischenstaatliche Kooperation generell nicht nur ein Beitrag zum Frieden, sondern auch zur Bewältigung von Globalisierung und ihrer Folgen. Allerdings, und dies ist die Kehrseite der Medaille, muß im Zuge von Kooperationsprozessen, d.h. immer dann, wenn Entscheidungen auf überstaatlicher Ebene getroffen werden, stets auch mit Verlusten an demokratischer Teilhabe und Legitimität gerechnet werden (vgl. auch McGrew 1997: 237). Durch Kooperation gewinnen Staaten zwar insofern an Handlungsfreiheit (und damit auch an Legitimität), als grenzüberschreitende Probleme überhaupt einer Lösung nähergebracht werden können (Output-Legitimität); sie verlieren jedoch auch an Handlungsfreiheit (und Input-Legitimität), insofern weitreichende Entscheidungen, die die Lebensverhältnisse vieler Menschen innerhalb von Staaten betreffen, nun immer weniger binnenstaatlich-autonom als vielmehr in komplizierten zwischenstaatlichen Verhandlungsprozessen getroffen werden. Je intensiver die Kooperation, desto ausgeprägter im allgemeinen das Spannungsverhältnis zwischen einer Legitimität, die sich aus Entscheidungseffizienz herleitet, und einer Legitimität, die sich aus der Einhaltung demokratischer Verfahrensweisen ergibt – ein Widerspruch zwischen »system effectiveness« und »citizen participation« (Dahl 1994; Schmitter 1999). Wenn sich Entscheidungs- und Handlungskompetenzen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen und der Errichtung internationaler Institutionen auf eine höhere Ebene verlagern und so der nationalen öffentlichen Meinungs- und Wil-

lensbildung sowie parlamentarischer Einflußmöglichkeit und Kontrolle zumindest teilweise entzogen zu werden drohen<sup>24</sup> – zumal Entscheidungen aus Gründen der Verhandlungstaktik und -effizienz häufig hinter verschlossenen Türen vorbereitet werden –, stellt sich auch auf dieser Ebene die Frage nach der demokratischen Legitimität,<sup>25</sup> und zwar selbst dann, wenn es Staaten allein darum geht, den untereinander herrschenden Wettbewerbsdruck durch einvernehmliche Deregulierung abzubauen. Die Legitimitätsproblematik ist des weiteren dann virulent, wenn durch Deregulierung (etwa im Bankensektor) starke Elemente der Selbstregulierung privater Unternehmen eingeführt und damit demokratischen Mitwirkungsansprüchen entzogen werden. In anderer Form stellt sie sich auch für die zwischen Staaten ausgehandelten Reregulierungen, etwa die Kontrollmechanismen der WTO, die zwar zur Effektivität dieser Institution beitragen, deren Zustandekommen aber, gemessen an demokratischen Kriterien, kaum weitreichende Legitimität beanspruchen kann (vgl. hierzu Brock/Hessler 1999: 297f).

Vor diesem Hintergrund ergibt sich folgende Problematik: Ob überstaatliche Kooperation auf effektive Deregulierung oder Regulierung hinarbeitet – sie läuft stets Gefahr, demokratische Legitimation zu opfern. Für die deregulierende Kooperation gilt dies in besonders starkem Maße, da sie nur selten durch eine reregulierende Kooperation (z.B. sozialpolitischer Art), die in der Lage wäre, die Folgen von Deregulierungen abzumildern, zureichend ergänzt wird (vgl. etwa Streeck 1998: 201). Speziell die Bearbeitung wohlfahrtsstaatlich relevanter Folgen von Deregulierungen hat sich als schwierig erwiesen.<sup>26</sup> Internationale Kooperation bzw. Multilateralisierung, insbesondere ihre Ausweitung über den jetzigen Stand hinaus, bringt politisches Handeln mithin auf eine Ebene, die nicht *ohne weiteres* demokratisch zu vermitteln ist und die die Folgebereitschaft der Herrschaftsunterworfenen dann ernsthaft in Frage zu stellen droht, wenn die Entscheidungen, die auf dieser Ebene getroffen werden, von den Bürgern nur minimal kontrolliert und zudem immer weniger mit deren Lebensentwürfen in Übereinstimmung gebracht werden können.

Das demokratische und demokratietheoretische Schlüsselproblem unter Bedingungen der Globalisierung läßt sich demzufolge als Dilemma formulieren: »how to reconcile the principle of rule by the people with a world in which power is exercised increasingly on a transnational, or even global scale« (McGrew 1997: 251).<sup>27</sup> Die Lösung dieses Dilemmas ist unter theoretischen und praktischen Gesichtspunkten von

24 Regierungen können durch Kooperation auf internationaler Ebene auch ganz bewußt versuchen, innergesellschaftliche Partizipationsforderungen abzuweisen oder zurückzudrängen (vgl. etwa Wolf 1997).

25 Vgl. zur Problematik von Öffentlichkeit in Verhandlungsnetzwerken Eder et al. (1998).

26 So hat selbst Zürn (1998b: 98) festgestellt, daß »von der Koordination positiver nationaler Politiken auf der internationalen Ebene mit dem Ziel, einem sozialpolitischen Deregulierungswettlauf im Zuge der wirtschaftlichen Denationalisierung vorzubauen, [...] bestenfalls in Ansätzen die Rede sein [kann]«.

27 Vgl. auch die scharfsinnige Analyse von Holden (1996). Zum Problemkreis Globalisierung-Demokratie vgl. auch die Schwerpunktausgabe der Zeitschrift »Internationale Politik« (Nr. 4/1998) mit Beiträgen von Karl Kaiser, Jean-Marie Guéhenno und Klaus von Beyme.

größter Bedeutung; wenn sie mißlingt, könnten in der Folge Demokratie *und* Kooperationsbereitschaft gleichermaßen gefährdet sein.

Die erheblichen Probleme, mit denen eine demokratischen Kriterien genügende Gestaltung staatenübergreifender Kooperation verbunden wäre, sind bislang lediglich auf der Ebene anspruchsvoller *Modelle* der Entscheidungsfindung einer Lösung nähergebracht worden (vgl. die Diskussion bei Schmalz-Bruns 1999). Diese Modelle – in der Hauptsache mit Blick auf die Europäische Union (EU) entwickelt, an der sich viele mit der Globalisierung verbundene politische Steuerungsprobleme und -versuche gleichsam in verkleinertem Maßstab ablesen lassen<sup>28</sup> – sind allerdings an weitreichende Bedingungen geknüpft. Sie interpretieren überstaatliche Politikformulierung in der Regel als Prozeß, der mehrere Ebenen überspannt und in nach Problemfeldern ausdifferenzierten (temporären) Netzwerken stattfindet. In ihnen sind unterschiedliche Akteure (Politiker, Verwaltungen, Interessengruppen), die formal zwar autonom, faktisch aber in vielfältiger Weise voneinander abhängig sind, an der Gestaltung von Politik gemeinsam beteiligt. Der (National-) Staat ist nunmehr nur noch Teil eines internationalen Mehr-Ebenen-Systems, in dem staatliche und gesellschaftliche Akteure in bi- und multilateraler Kooperation Regulierungen aushandeln (vgl. Lütz 1997). Dieser komplexe transnationale Aushandlungsprozeß, der sich der parlamentarischen Kontrolle entzieht, hat mit *herkömmlicher* demokratischer Entscheidungsfindung und Legitimität nur noch wenig gemein. Da der bestimmende Modus von Netzwerken die (ein gewisses Maß an Gleichberechtigung voraussetzende) Verhandlung ist, könnten sie sich jedoch – das ist der Kern der meisten dieser Modelle – über die Einräumung und Institutionalisierung von Mitwirkungsmöglichkeiten für eine Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren legitimieren.<sup>29</sup>

Es ist allerdings in mehrfacher Hinsicht fraglich, ob eine solche (deliberative) Entscheidungsfindung, ausgebaut zum Standardsystem übernationaler Kooperation, hinreichend praktikabel wäre. Bereits die grundsätzliche Forderung, wonach *alle* potentiellen Regelungsadressaten und -betroffenen die Möglichkeit haben müssen, an in diesem Sinne öffentlichen transnationalen Diskursen teilzunehmen,<sup>30</sup> scheint nicht ohne weiteres einlösbar. So hat sich bereits gezeigt, daß in den beschriebenen Netzwerken Entscheidungen zwischen den beteiligten korporativen Akteuren (mit oftmals problematischer demokratischer Legitimation) unter Ausschluß der Öffentlichkeit getroffen werden und darüber hinaus

»gesellschaftliche Interessen, die in ihrer historischen Herausbildung stark auf nationalstaatlicher Ebene institutionalisiert sind, wie z.B. Gewerkschaften, [...] bei ihrer Interessenwahrnehmung auf transnationaler Ebene deutlich stärker behindert [werden] als staatsferne Interessen, wie z.B. Unternehmen in traditionell relativ wenig regulierten Märkten« (Nölke 2000: 341).

28 Zum Problem der Übertragbarkeit der Befunde aus dem EU-Kontext auf das internationale System vgl. Jachtenfuchs (1998).

29 Vgl. die Beiträge in Kohler-Koch (1998a), sowie Kohler-Koch/Ulbert (1997: 67). Siehe kritisch Habermas (1999: 428).

30 Siehe hierzu Zürn (2000: 42).

Netzwerke sind so »nicht offen für alle gesellschaftlichen Interessen, sondern nur für jene, die geeignete Tauschgüter aufweisen« und beziehen nur einen »eng begrenzten Kreis von Themen« ein (Nölke 2000: 355). Es zeichnet sich die Tendenz ab, daß sich in den Netzwerken weniger »neue Formen des Regierens jenseits des Staates in nichthierarchischen Kooperationsformen« (Kohler-Koch/Ulbert 1997: 68) entwickeln, sondern daß vielfach sogenannte »Fachbruderschaften« zwischen eingeweihten Politikern, Beamten und Verbandsfunktionären entstehen bzw. aufgrund der Komplexität der zu verhandelnden Fragen spezialisiertes (Verwaltungs-) Expertentum letztlich die Dominanz über die Entscheidungsfindung gewinnt. Öffentliche Angelegenheiten laufen somit Gefahr, unter die Zurichtung technokratischer Orientierungen und selektiver Interessen zu fallen (vgl. hierzu Abromeit/Schmidt 1998: 317).

Immer dann aber, wenn es um echte Problemlösungsfähigkeit, also um anspruchsvolle positive Regelungen und nicht lediglich die Verhinderung interessenschädigender Politik geht, ist aufgrund der aufgezeigten Defizite der Verhandlungsnetzwerke fraglich, ob die in ihnen vorgenommene horizontale Koordination den Regierten überhaupt akzeptabel gemacht werden kann – dies insbesondere dann, wenn es nicht um den Ausgleich von Ansprüchen, sondern um deren Reduzierung geht (etwa aufgrund ökologischer Überlegungen).<sup>31</sup> Insbesondere eine (globale) gemeinwohlorientierte Ordnungspolitik verlangt daher beteiligungsoffene, *demokratisch legitimierte* übernationale Kooperationsagenturen unter gleichberechtigtem Einfluß nicht-staatlicher Akteure.

In der Praxis ist eine Bereitschaft zu solchem institutionellen Wandel jedoch kaum vorhanden. Die Auseinandersetzungen, zu denen schon bescheidene Kompetenzerweiterungen des Europäischen Parlaments geführt haben, sind hierfür durchaus symptomatisch (vgl. Reinicke/Witte 1999: 362). Effektive überstaatliche Kooperation setzt zudem (neben einem innergesellschaftlichen Mindestmaß an »sozialem Frieden«) auf überstaatlicher Ebene eine »krisenfeste« Orientierung an bestimmten Werthorizonten voraus, die es *allen* Beteiligten und Entscheidungsbetroffenen ermöglicht, sich als »Problemlösungsgemeinschaft« zu definieren. Selbst in der EU sind die »Unionsbürger« aber bisher offenbar nicht bereit gewesen, ihre Identitäten und Loyalitäten auf übernationale demokratische Institutionen hin auszurichten; eher haben regionale, subnationale Identitäten von der schwächer werdenden Bindekraft des Nationalstaates profitiert.

Wengleich die EU das fortgeschrittenste Experiment staatenübergreifender Kooperation ist, sind in ihr Ansätze »deliberativer Demokratie« allenfalls vereinzelt erkennbar, als »verstreute Inseln von Partnerschaft und Mitsprache«, und wirksam offenbar nur unter ganz spezifischen Bedingungen (Kohler-Koch 1998c: 270; Nölke 2000: 353). Solange sich an dieser Sachlage nichts Wesentliches ändert, werden tendenziell unbegrenzte *Wirkungsräume* und tendenziell begrenzte *Entscheidungsräume* immer weniger miteinander übereinstimmen. Modelle »deliberativer« Kooperation oder auch eines »komplexen Weltregierens« weisen grundsätzlich zwar Wege, wie die Demokratisierung »jener Sphäre des Öffentlichen, die die einzelstaatlichen

31 Vgl. hierzu den kritischen Beitrag von Kohler-Koch (1998c).

politischen Räume überlagert und durchschneidet« (Brock 1998: 40), gestaltet werden könnte; man sollte sich jedoch nicht darauf verlassen, daß Globalisierungsprozesse und die mit ihnen einhergehenden destabilisierenden und delegitimierenden Konsequenzen warten werden, bis sich in einem »Qualitätssprung« (Rittberger 2000: 191) praxistaugliche Ausprägungen deliberativer Entscheidungsfindung, welche die mit der Globalisierung einhergehenden Folgewirkungen verlässlich auffangen könnten, tatsächlich konstituiert haben.

Es lassen sich demzufolge zwei gleichzeitig ablaufende und als »Zangenbewegung« beschreibbare Prozesse identifizieren, durch die die Legitimitätsgrundlagen demokratischer Politik zerrieben werden könnten (Schmalz-Bruns 1999: 186): eine durch den globalisierungsbedingten Autonomieverlust des Staates bewirkte zunehmende Beschränkung der *politischen* Handlungsfähigkeit demokratisch gewählter *Regierungen* auf der einen Seite (etwa dann, wenn mächtige, global agierende transnationale Akteure wichtige Entscheidungen jenseits der Grenzen von Nationalstaaten fällen, diese aber von den Entscheidungen empfindlich getroffen werden), und auf der anderen Seite eine durch die Notwendigkeit der zwischenstaatlichen Kooperation bedingte Verminderung der Autonomie *gesellschaftlicher Willensbildung* (sowohl im Hinblick auf die Gestaltung als auch die Kontrolle von Entscheidungen), durch die die Kongruenz zwischen Regierenden und Regierten verloren zu gehen droht.

### 3.2.4. *Die zukünftige Tragfähigkeit und Relevanz der konventionellen Prämissen des DF-Theorems*

Die Diskussion um übernationale Entscheidungsfindung führt – nun in den engeren Kontext der DF-Debatte gestellt – zu der Frage, ob neue Formen überstaatlichen demokratischen Regierens, sollten sie sich denn herausbilden, noch nach denselben Prinzipien funktionieren würden, wie sie als konfliktvermindernd von der DF-Forschung angenommen werden. Zwar würde »internationalisierte« Demokratie ihren Begriff behalten, jedoch auf einer anderen Legitimationsbasis gründen<sup>32</sup> und (zumindest teilweise) auf anderen *Exklusionen* basieren, als dies bei (national-) staatlichen Demokratien in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Es wären also Entwicklungen möglich, infolge derer man die durch Globalisierung veränderten Demokratien zwar noch formell als solche bezeichnen könnte, die in den DF-Untersuchungen als sicherheitsbildend ausgemachten Mechanismen, insbesondere im Bereich der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, jedoch ihre Gestaltungskraft verloren hätten. Zumindest dürfte es schwierig sein, Aussagen über die generelle Friedensförderlichkeit solcher entgrenzten, internationalisierten, funktional und nicht mehr territorial definierten Verfahrensweisen zu treffen, wenn es ihnen – und hier ist ein Kernbereich der DF-Forschung angesprochen – an Transparenz und damit auch an demokratischer Kontrolle mangelt. Dieser Problembereich ist auch insofern be-

32 Beispielsweise auf »transnationalen sektoralen demoi« (vgl. hierzu Abromeit/Schmidt 1998).

deutsam, als selbst für die anspruchsvolleren suprastaatlichen Demokratiemodelle »der Gewinn an Deliberation mit den Kosten von elitärer Selektivität und eindimensionalen Handlungsrationaltäten bilanziert werden« muß (Kohler-Koch 1998b: 23). Auch in Modellen deliberativer Demokratie ist also offenbar nicht ausgeschlossen, daß durch die fragmentierenden (entsolidarisierenden) Konsequenzen der Globalisierung im allgemeinen sowie die Exklusion bestimmter Gruppen im besonderen gravierende Legitimationsprobleme entstehen und in der Folge Interessenkonflikte nicht mehr konsensual innerhalb eines durch nachvollziehbar demokratische Verfahrensweisen gesetzten Rahmens gelöst werden, sondern es zu dauerhaften, kontinuierlich destabilisierenden Konflikten »von unten«, nämlich von seiten der – aus Entscheidungsprozessen ausgeschlossenen oder in diesen Prozessen nur unzureichend repräsentierten – Globalisierungsverlierer, kommt. Wenn die beschriebenen neuen Formen der Entscheidungsfindung nicht mehr an nationalstaatliche Grenzziehungen gebunden sind, zudem nicht mehr, wie Modelle deliberativer Demokratie annehmen, von staatlichen Akteuren dominiert werden, dann impliziert dies, daß sich sowohl die Konfliktformationen als auch der Charakter der involvierten Akteure ändern.

Alles in allem haben Globalisierungsprozesse bisher zwar sicherlich dazu beigetragen, daß sich die Zahl zwischenstaatlicher Kriege verringert hat; innergesellschaftlich sowie in der staatenübergreifenden Gesellschaftswelt haben sie dagegen offenbar wenig pazifizierend gewirkt und drohen sogar neue Konfliktpotentiale hervorzubringen (Scholte 1997: 447). Staaten schaffen sich zwar durch internationale Institutionen im Globalisierungsverlauf zunehmend vertrauensorientierende Rahmen, um ihr Verhalten *untereinander* zu regulieren; solche Rahmen zur (sozialstaatlichen) Regulierung gehen innerhalb von Nationalstaaten aber unter dem globalen Wettbewerbsdruck offenbar immer mehr verloren und werden nicht durch gleichwertig effektive und legitime Muster auf internationaler Ebene aufgefangen.<sup>33</sup>

Wenn es nun im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen zusätzlich zu starken sozialen Verwerfungen kommt, denen weder die in ihrer Allokationskompetenz geschwächten Staaten, noch die bisher alles in allem unzureichend ausgestatteten und legitimierten überstaatlichen Regelungsagenturen beizukommen in der Lage sind, dann ist es durchaus vorstellbar, daß unter solchermaßen veränderten politischen Handlungsbedingungen kompetitive Prozesse nicht mehr, wie es die DF-Anwälte noch selbstverständlich annehmen, zuverlässig durch allseits akzeptierte Regeln und Prozeduren zu steuern sind. Wie auch immer die Entwicklungen sich im einzelnen gestalten mögen: Die Vorstellung eines eindimensionalen und integrativen Globalisierungsprozesses, der quasi inhärent günstige Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung und globale Ausdehnung der »zones of peace« schafft, greift zu kurz.

In Afrika und Asien etwa hat sich immer wieder gezeigt, wie desintegrierende, fragmentierende Momente, nicht gelingende gesellschaftliche Integration bzw. Desintegration konfliktauslösend und -verschärfend wirken können. Zwar ist auch in vielen Gesellschaften der »Dritten Welt« eine Homogenisierung durch die Globalisierung von Märkten und Kommunikation ebenso unübersehbar wie (temporäre)

33 Vgl. die differenzierte Darstellung von Scharpf (1998: 130f).

Demokratisierungen. Gerade die mit der Globalisierung einhergehende Homogenisierung verschiedener nationaler Kulturen und die Herausbildung neuer »globaler« Identitätsmuster hat aber in schwächer legitimierten Staaten ein auf chauvinistischen, ethnischen, fundamental-religiösen oder anderen exkludierenden Kriterien basierendes Verlangen nach Identität verstärkt oder möglicherweise erst hervorgerufen (Zürn 1996: 117f). Dieses Verlangen dürfte zunehmen, je bedrohlicher sich Entgrenzungsprozesse auf kollektive Identitätsbildungen ausnehmen. Da solche Identitäten nicht gesellschaftlich integrierend wirken, sondern auf der bewußt vorgenommenen Ausschließung bestimmter Gruppen gründen, mitunter einen dezidierten Partikularismus verfolgen, provozieren sie nicht selten gewaltsame Auseinandersetzungen.<sup>34</sup> Während in einer intakten Gemeinschaft lebende Gruppen sich in der Regel wechselseitig tolerieren und bereit sind, einer gemeinsamen Regierung Gefolgschaft zu leisten, kommt es beim Fehlschlagen von *Community*-Bildungen häufig zu gewaltsamen internen Auseinandersetzungen, wenn nicht gar zum gänzlichen Scheitern von Staaten. Mit diesen Hinweisen ist das Spektrum möglicher interner Konfliktursachen keineswegs abgedeckt (vgl. David 1997). Versucht man dennoch, einen allgemeinen Trend zu kennzeichnen, so läßt sich sagen, daß auf der einen Seite Kooperation und/oder Integration zwischen Staaten fortschreiten, globale Institutionen und Normen konformitätsfördernd und konfliktvermindernd *zwischen* Staaten wirken, auf der anderen Seite dagegen eine ganze Reihe von »legitimationsschwachen« Staaten nicht (mehr) in der Lage ist, Ordnungsstrukturen soweit aufrechtzuerhalten, daß innerstaatliche Gewaltausbrüche vermieden werden können. Eine derartige Gewaltneigung wird durch das Zusammentreffen mit ökonomischen Problemlagen offenbar noch wesentlich verstärkt (vgl. Brown 1996). Zwar kann Globalisierung auch neue Marktchancen bringen, sie bedeutet aber gerade für schwache Staaten, daß sie den Auswirkungen ökonomischer Interdependenz nahezu schutzlos ausgeliefert sind – mit all ihren gesellschaftlichen Konsequenzen.<sup>35</sup>

Fraglos lassen sich die Entwicklungen, die sich aus mißlingenden Gemeinschaftsbildungen in afrikanischen, asiatischen oder auch osteuropäischen Staaten ergeben haben, nicht umstandslos auf die westlichen industrialisierten Demokratien übertra-

34 Von der »community« ausgeschlossenen Gruppen bleibt in der Regel eine Reihe von Handlungsoptionen, die meisten von ihnen sind von Gewalttätigkeit geprägt (vgl. hierzu Holsti 1996: 89).

35 Es sei an dieser Stelle kurz darauf verwiesen, daß Untersuchungen zu Interdependenz und Konflikt *auch* gezeigt haben, daß vermehrte Interdependenz unter Umständen durchaus zu vermehrten *innerstaatlichen* Konflikten führen kann (vgl. Arad/Hirsch 1981). Barbieri und Schneider (1999) haben in einem kritischen Review von Untersuchungen der *Democratic-Peace*-Schule hinsichtlich des Zusammenhangs von ökonomischer Interdependenz und der Friedfertigkeit von Staaten vor voreiligen Schlüssen gewarnt: »Globalization« describes mainly the explosive growth in foreign direct investment and the international capital markets. Whether the ensuing »monetarization« of international relations pacifies states or contributes to internal and external instability is an open question« (Barbieri/Schneider 1999: 401). Für eine kritische, differenzierte Darstellung des Zusammenhangs von (ökonomischer) Interdependenz und Konflikt siehe auch McMillan (1997).

gen; sie sollten jedoch für die Frage sensibilisieren, wie sich der Zusammenhang von Demokratie und Frieden unter Globalisierungsbedingungen ändern könnte – dies vor dem Hintergrund, daß in ihrer Legitimation geschwächte Staaten so von Globalisierungsfolgen betroffen sein könnten, daß demokratischen Kriterien genügende *Community*-Bildungen« problematisch werden und gesellschaftliche Bindungskräfte noch weiter verloren gehen.<sup>36</sup>

Die skizzierte Entwicklung dürfte nachvollziehbar machen, daß die Einengung der These über den »Demokratischen Frieden« auf den regulären zwischenstaatlichen Krieg sowie die Ausklammerung innerstaatlicher Konfliktformen, insbesondere des Bürgerkrieges, zur Erfassung des Konfliktpotentials und -geschehens in Globalisierungsprozessen wenig überzeugend sind.<sup>37</sup> Wenn in einer veränderten Welt nur noch selten zwischenstaatliche Kriege zu verzeichnen sind, statt dessen andere Konfliktformationen das Feld beherrschen, diese jedoch mit den Untersuchungsmethoden der DF-Forschung nicht erfaßt werden, dann verliert das DF-Theorem an Erklärungswert und taugt immer weniger als zukunftsbezogene Handlungsanleitung. In vielen Staaten sind in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder neue Formen kollektiver Gewalt am Rande und vor allem auch *außerhalb* der staatlichen Einflußsphäre zu beobachten gewesen, sind an die Stelle »klassischer« zwischenstaatlicher Kriege verschiedenartigst motivierte Konflikte zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren getreten (Waldmann 1997: 489). Vor diesem Hintergrund ist es wenig konsequent, wenn gerade liberale Autoren auf der einen Seite den zwischenstaatlichen Krieg in den Vordergrund rücken, obwohl er tatsächlich immer seltener stattfindet, und auf der anderen Seite das Phänomen Bürgerkrieg vernachlässigen, obwohl mit der zunehmenden Bedeutung der »Gesellschaftswelt« und der vielfach behaupteten Erosion moderner Staatlichkeit derartige Kriege erheblich an Bedeutung gewinnen.

36 Vgl. zur Problematik der Konsolidierung von Demokratien der »Dritten Welle« Diamond et al. (1997).

37 Eng mit dem Phänomen Bürgerkrieg verzahnt und gleichfalls status-quo-orientiert und diesen verfestigend ist die Neigung, am »Nationalstaat«, also an einem weitgehend unproblematischen Verhältnis von Staat und Nation festzuhalten und zu verkennen, daß eine Vielzahl vermeintlich innerstaatlicher (und somit definitionsgemäß vernachlässigbarer) kriegerischer Konflikte auch anders klassifiziert werden könnten: dann nämlich, wenn man die Ansprüche von nationalen oder ethnischen Minderheiten bzw. »Nationen ohne Staat« anerkennen und ihnen das Recht auf politische bzw. staatliche Selbstbestimmung zubilligen würde. Aus internen Konflikten würden dann sehr schnell inter-nationale Auseinandersetzungen, die freilich nur dann die Chance hätten, die Datensätze der DF-Analytiker zu erreichen, wenn diese die Voreingenommenheiten ihrer Untersuchungsperspektive zu reflektieren bereit wären.

## 4. Zur Zukunft des »Demokratischen Friedens«

Angesichts der beschriebenen Entwicklungen erscheint das DF-Theorem in vielen Punkten unterkomplex. In der DF-Forschung wird dem Problem einer inneren Auslöschung oder gar Destabilisierung bislang als konsolidiert geltender Demokratien keine ausreichende Aufmerksamkeit geschenkt. Statt dessen wird »Demokratie« vielfach unbesehen mit Stabilität und Dauerhaftigkeit im Inneren ineingesetzt. Frieden *zwischen* Staaten, nicht Frieden *innerhalb* von Staaten war und ist beherrschendes Thema der DF-Forschung (vgl. Porter 1995: 526). Die Anwälte der These arbeiten zwar meist auf einer umfangreichen, auch historisch oftmals weit zurückreichenden Datenbasis; was den Untersuchungen jedoch fehlt, ist eine ausgeprägte historisch-prozessuale Dimension (Thompson 1997). Dieses Defizit ist insofern erstaunlich, als die Frage, warum Demokratien sich dekonsolidieren (bis hin zur autoritären Regression), oder die umgekehrte Frage, was Demokratien Stabilität und Dauerhaftigkeit verleiht, für Vertreter der DF-These von herausragender Bedeutung sein müßte.<sup>38</sup> Aus unserer Sicht wäre daher der Frage nachzugehen, ob und inwiefern im Zuge vielfältiger globalisierungsinduzierter Restrukturierungsprozesse ein fortschreitender Legitimationsentzug und Vertrauensverlust auch in den hochintegrierten westlichen Gesellschaften die demokratische Substanz auf lange Sicht gefährden, zu Desintegrationsdynamiken, möglicherweise zu »illiberalen« Demokratien und – im schlimmsten Falle – zu autoritären Regressionen führen könnten. Sollten diese Fragen bejaht werden müssen, lägen die Konsequenzen für die theoretische und praktische Relevanz der DF-These auf der Hand.<sup>39</sup>

Eine der Unwägbarkeiten liegt freilich darin, daß es sich bei Globalisierungsprozessen, wie erläutert, um »gerichtete Prozesse« handelt, also Kausalitäten nicht eindeutig auszumachen und Verantwortlichkeiten nicht zweifelsfrei zuzuordnen sind. Dieser Umstand könnte – als Folge einer bei den Betroffenen empfundenen »politischen Ohnmacht« – durchaus retardierende Wirkungen auf deren Konfliktpotential und Protestverhalten entfalten; ebenso vorstellbar ist aber auch ein Umschlagen in einen diffusen Aktionismus, der charakterisiert wäre durch wechselnde Zielgruppen des Protests, wechselnde Akteure bzw. Akteurskoalitionen, wechselnde Protestmotive und -themen, wechselnde Protestformen etc. Denkbar ist ebenfalls, daß sich benachteiligte oder benachteiligt fühlende Gruppen verstärkt staatenübergreifend soli-

38 So hat Enterline (1998) darauf aufmerksam gemacht, daß »neue Autokratien« wesentlich häufiger in militarisierte internationale Konflikte verwickelt sind als stabile Regime. Dies deutet unter friedenspolitischen Gesichtspunkten auf die Wichtigkeit hin, die Stabilität von Demokratien zu erhalten und semidemokratische Staaten auf ihrem Weg hin zu stabilen Demokratien zu unterstützen.

39 Eine DF-Forschung, die bereit wäre, derartige Entwicklungsmöglichkeiten systematisch zu berücksichtigen, würde auch einen Beitrag leisten zur Entwicklung »synthetisierender« Forschungsansätze, von Ansätzen also, die einfache Unterscheidungen zwischen »innen« und »außen« oder zwischen »staatlich« und »gesellschaftlich« zu überwinden versuchen (vgl. Grande/Risse 2000: 238).

darisieren, so daß national geprägte Konfliktlinien weiter verschwimmen.<sup>40</sup> Eine solche Entwicklung dürfte jedoch keinesfalls als *per se* konfliktentschärfend mißinterpretiert werden, kann doch die Bildung neuer »Gemeinschaften« durchaus militant vonstatten gehen.

Mögen die vorgetragenen Thesen, soweit sie sich auf mögliche Wandlungen westlicher Demokratien beziehen, auch spekulative Elemente enthalten, so dürfte doch kaum zu bestreiten sein, daß für die Anwälte des DF-Theorems durchaus Anlaß besteht, ihre eher statisch-konventionellen demokratietheoretischen Grundannahmen unter den gegenwärtig herrschenden dynamisch-innovativen Globalisierungsbedingungen einer dauernden und kritischen Überprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls zu modifizieren. Wenn die »territoriale Identität der Herrschaftsbetroffenen mit denen, die eben diese Herrschaft legitimieren und kontrollieren können« (Kohler-Koch/Ulbert 1997: 77), nicht mehr gegeben ist, wenn »politisch verpflichtende Entscheidungen [...] in anderen Räumen getroffen« (ebd.) werden als jenen, »in denen sich nationale staatliche Willensbildung vollzieht« (ebd.), wenn innerhalb der Nationalstaaten »politische Problembearbeitung gemäß dem Modell parlamentarischer Demokratie noch kontrolliert [wird], aber nicht mehr effizient organisierbar« (ebd.) ist, wenn »internationale Regime und supranationale Verhandlungssysteme [...] unter bestimmten Umständen effizient, aber nicht an demokratisch-parlamentarische Willensbildung zurückzubinden« (ebd.) sind, dann müssen solche von der Demokratie- und Globalisierungsforschung gewonnenen Einsichten von den an der DF-Debatte beteiligten Autoren als Herausforderung begriffen und angenommen werden.

Sollte es, wie wir vermuten, zur Herausbildung dauerhafter und intensiver Konfliktlinien »jenseits des Nationalstaats« kommen, werden diese maßgeblich von der Frage bestimmt sein, wie sich Gewinne und Kosten aus Globalisierungsprozessen konkret verteilen und auf welche spezifischen gesellschaftlichen Konstellationen sie treffen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß aus der Konfrontation mit den Folgen von Globalisierung (insbesondere in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und kulturelle Nivellierung) immer wieder mehr oder weniger stark ausgeprägte Gegenbewegungen entstehen werden. Sie werden umso heftiger sein, je deutlicher die mit der Globalisierung verbundenen Problemlagen für einzelne Gruppen oder sogar ganze Gesellschaften fühlbar werden.

Auch aus unserer Sicht sind zwar am *prinzipiellen* Zusammenhang zwischen (national-) staatlicher Demokratie und Frieden kaum Zweifel erlaubt. Gleichwohl behaupten wir, daß die These vom »Demokratischen Frieden« nur für einen begrenzten historischen Zeitabschnitt volle Gültigkeit beanspruchen kann. Es wäre daher verfehlt – und dies ist die Kernaussage unserer Abhandlung –, die DF-These umstandslos in die *Zukunft* zu verlängern. Vieles deutet darauf hin, daß der »Demokratische Frieden« unter den spezifischen Bedingungen der Globalisierung und angesichts der strukturellen Wandlungen von Staat und Demokratie an theoretischer

40 Diese Auflistung der möglichen fragmentierenden Folgen von Globalisierung ist bewußt weiter gefaßt als die von Zürn (1998a: 264f), der als Folge von »Denationalisierung« vor allem verstärkten Regionalismus und das Aufkommen rechtsextremer Bewegungen sieht.

Plausibilität und Praxisrelevanz verlieren wird. Selbstverständlich stellen wir mit dieser Aussage nicht den Wert von Demokratisierungsbestrebungen als solchen in Frage und selbstverständlich impliziert unsere Aussage nicht etwa die Empfehlung an demokratische Staaten, sie könnten es sich ersparen, Demokratisierungsprozesse zu unterstützen. Wohl aber sollten sie sich nicht der Hoffnung hingeben, durch die Förderung von Demokratisierung *allein* ließe sich unter den Bedingungen konfliktreich und widersprüchlich verlaufender Globalisierungsprozesse der Frieden sichern.

## Literatur

- Abromeit, Heidrun/Schmidt, Thomas 1998: Grenzprobleme der Demokratie. Konzeptionelle Überlegungen, in: Kohler-Koch 1998a, 293-320.
- Adler, Emanuel 1997: Imagined (Security) Communities, in: Millennium 26: 2, 249-277.
- Arad, Ruth W./Hirsch, Seev 1981: Peacemaking and Vested Interests: International Economic Transactions, in: International Studies Quarterly 25: 3, 439-468.
- Attali, Jacques 1997: The Crash of Western Civilization: The Limits of the Market and Democracy, in: Foreign Policy 107, 54-63.
- Barber, Benjamin R. 2000: Can Democracy Survive Globalization, in: Government and Opposition 35: 3, 275-301.
- Barbieri, Katherine/Schneider, Gerald 1999: Globalization and Peace: Assessing New Directions in the Study of Trade and Conflict, in: Journal of Peace Research 36: 4, 387-404.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) 1998: Politik der Globalisierung, Frankfurt a.M.
- Bernauer, Thomas 2000: Staaten im Weltmarkt. Zur Handlungsfähigkeit von Staaten trotz wirtschaftlicher Globalisierung, Opladen.
- Braumoeller, Bear F. 1997: Deadly Doves: Liberal Nationalism and the Democratic Peace in the Soviet Successor States, in: International Studies Quarterly 41: 3, 375-402.
- Bremer, Stuart A. 1992: Dangerous Dyads. Conditions Affecting the Likelihood of Interstate War, 1816-1965, in: Journal of Conflict Resolution 36: 2, 309-341.
- Bremer, Stuart A. 1993: Democracy and Militarized Interstate Conflict, 1816-1965, in: International Interactions 18: 3, 231-249.
- Brock, Lothar 1998: Verweltlichung der Demokratie. Aus der Verflechtungs- in die Entgrenzungsfalle?, in: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens?, Opladen, 39-54.
- Brock, Lothar/Hessler, Stephan 1999: Weltwirtschaftliche Strukturveränderungen: Indikatoren und politische Implikationen, in: Busch, Andreas/Plümper, Thomas (Hrsg.): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft, Baden-Baden, 277-306.
- Brown, Michael E. (Hrsg.) 1996: The International Dimensions of Internal Conflict, Cambridge, Mass.
- Brown, Michael E./Lynn-Jones, Sean M./Miller, Steven E. (Hrsg.) 1996: Debating the Democratic Peace, Cambridge, Mass.
- Brown, Robin 1995: Globalization and the End of the National Project, in: MacMillan, John/Linklater, Andrew (Hrsg.): Boundaries in Question. New Directions in International Relations, London, 54-68.
- Bueno de Mesquita, Bruce J./Lalman, David 1992: War and Reason. Domestic and International Imperatives, New Haven, Conn.
- Cerny, Philip G. 1990: The Changing Architecture of Politics. Structure, Agency, and the Future of the State, London
- Chan, Steve 1994: Mirror, Mirror on the Wall ... Are Freer Countries More Pacific?, in: Journal of Conflict Resolution 28: 4, 617-648.
- Chan, Steve 1997: In Search of Democratic Peace: Problems and Promise, in: Mershon International Studies Review 41: 1, 59-91.
- Clark, Ian 1997: Globalization and Fragmentation. International Relations in the Twentieth Century, Oxford.
- Clark, Ian 1998: Beyond the Great Divide, in: Review of International Studies 24: 4, 479-498.
- Cox, Robert W. 1992: Towards a Post-Hegemonic Conceptualization of World Order: Reflections on the Relevancy of Ibn Khaldoun, in: Rosenau, James N./Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.): Governance Without Government, Cambridge, Mass., 132-160.

- Czempiel, Ernst-Otto* 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer nicht) friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 79-101.
- Dahl, Robert A.* 1994: A Democratic Dilemma. System Effectiveness versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly 109: 1, 23-34.
- Dahrendorf, Ralf* 1997: An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert, in: Die Zeit, 14. November 1997, 14-15.
- David, Steven R.* 1997: Internal War – Causes and Cures, in: World Politics 49: 4, 552-576.
- Dessler, David* 1991: Beyond Correlations: Toward a Causal Theory of War, in: International Studies Quarterly 35: 3, 337-355.
- Diamond, Larry/Plattner, Marc F./Chu, Yun-han/Tien, Hung-mao* (Hrsg.) 1997: Consolidating the Third Wave Democracies, Volume 1: Themes and Perspectives, Baltimore, Md.
- Dixon, William J.* 1994: Democracy and the Peaceful Settlement of International Conflict, in: American Political Science Review 88: 1, 14-32.
- Doyle, Michael W.* 1983: Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs, Part I, in: Philosophy and Public Affairs 12: 3, 205-235.
- Doyle, Michael W.* 1986: Liberalism and World Politics, in: American Political Science Review 80: 4, 1151-1169.
- Eder, Klaus/Hellmann, Kai-Uwe/Trenz, Hans-Jörg* 1998: Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa, in: Kohler-Koch 1998a, 321-344.
- Elias, Norbert* 1977: Zur Grundlegung einer Theorie sozialer Prozesse, in: Zeitschrift für Soziologie 6: 2, 127-149.
- Elias, Norbert* 1979: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, 6. Aufl., Frankfurt a.M.
- Elman, Miriam Fendius* (Hrsg.) 1997: Paths to Peace: Is Democracy the Answer?, Cambridge, Mass.
- Ember, Carol R./Ember, Melvin/Russett, Bruce* 1992: Peace Between Participatory Polities. A Cross-Cultural Test of the »Democracies Rarely Fight Each Other« Hypothesis, in: World Politics 44: 4, 573-599.
- Enterline, Andrew J.* 1998: Regime Changes and Interstate Conflict, 1816-1992, in: Political Research Quarterly 51: 2, 385-409.
- Fröhlich, Manuel* 1997: Mit Kant, gegen ihn und über ihn hinaus. Die Diskussion 200 Jahre nach Erscheinen des Entwurfs »Zum Ewigen Frieden«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 7: 2, 483-517.
- Garrett, Geoffrey* 1998: Global Markets and National Politics: Collision Course or Virtuous Circle?, in: International Organization 52: 4, 787-824.
- Gates, Scott/Knutson, Torbjorn L./Moses, Jonathon W.* 1996: Democracy and Peace: A More Sceptical View, in: Journal of Peace Research 33: 1, 1-10.
- Genschel, Philipp* 2000: Der Wohlfahrtsstaat im Steuerwettbewerb, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 2, 267-296.
- Gleditsch, Kristian S./Ward, Michael D.* 1998: Democratizing for Peace, in: American Political Science Review 92: 1, 51-61.
- Gleditsch, Kristian S./Ward, Michael D.* 2000: War and Peace in Space and Time: The Role of Democratization, in: International Studies Quarterly 44: 1, 1-29.
- Gleditsch, Niels Petter* 1995: Democracy and the Future of European Peace, in: European Journal of International Relations 1: 4, 539-571.
- Gowa, Joanne* 1999: Ballots and Bullets. The Elusive Democratic Peace, Princeton, N.J.

- Grande, Edgar/Risse, Thomas 2000: Bridging the Gap. Konzeptionelle Anforderungen an die politikwissenschaftliche Analyse von Globalisierungsprozessen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 2, 235-266.
- Gray, John 1998a: False Dawn, London.
- Gray, John 1998b: Global Utopias and Clashing Civilizations: Misunderstanding the Present, in: International Affairs 74: 1, 149-164.
- Green, Donald P./Kim, Soo Yeon/Yoon, David H. 2001: Dirty Pool, in: International Organization 55: 2, 441-468.
- Habermas, Jürgen 1999: Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44: 4, 425-436.
- Held, David/McGrew, Anthony/Goldblatt, David/Perraton, Jonathan 1999: Global Transformations. Politics, Economics and Culture, Stanford, Cal.
- Henderson, Errol A. 1999: Neoidealism and Democratic Peace, in: Journal of Peace Research 36: 2, 203-231.
- Hirst, Paul/Thompson, Grahame 1996: Globalisation in Question. The International Economy and the Possibilities of Governance, Cambridge.
- Hirst, Paul/Thompson, Grahame 1997: The Global Economy – Myths and Realities, in: International Affairs 73: 3, 409-425.
- Holden, Barry 1996: Democratic Theory and the Problem of Global Warming, in: Holden, Barry (Hrsg.): The Ethical Dimensions of Global Change, London, 135-163.
- Holsti, Kalevi 1996: The State, War, and the State of War, Cambridge.
- Hopf, Ted 1998: The Promise of Constructivism in International Relations Theory, in: International Security 23: 1, 171-200.
- Jachtenfuchs, Markus 1998: Entgrenzung und politische Steuerung, in: Kohler-Koch 1998a, 235-245.
- Jessop, Bob 1996: Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten, in: Grimm, Dieter (Hrsg.): Staatsaufgaben, Frankfurt a.M., 43-73.
- Joerges, Christian/Neyer, Jürgen 1998: Von intergouvernementalem Verhandeln zur deliberativen Politik: Gründe und Chancen für eine Konstitutionalisierung der europäischen Komitologie, in: Kohler-Koch 1998a, 207-233.
- Kahl, Martin/Teusch, Ulrich 1998: Zur Bedeutung interner Verfaßtheit für das auswärtige Verhalten von Staaten. Das Theorem vom »Demokratischen Frieden« als Herausforderung des strukturellen Realismus, in: Roloff, Ralf/Masala, Carlo (Hrsg.): Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik, Köln, 227-268.
- Kapstein, Ethan B. 1996: Workers and the World Economy, in: Foreign Affairs 75: 3, 16-37.
- Kohler-Koch, Beate 1998a (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen (PVS-Sonderheft 29), Opladen.
- Kohler-Koch, Beate 1998b: Effizienz und Demokratie: Probleme des Regierens in entgrenzten Räumen, in: Kohler-Koch 1998a, 11-25.
- Kohler-Koch, Beate 1998c: Die Europäisierung nationaler Demokratien: Verschleiß eines europäischen Kulturerbes?, in: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens?, Opladen, 263-288.
- Kohler-Koch, Beate/Ulbert, Cornelia 1997: Internationalisierung, Globalisierung und Entstaatlichung, in: Hasse, Rolf H. (Hrsg.): Nationalstaat im Spagat: Zwischen Suprastaatlichkeit und Subsidiarität, Stuttgart, 53-88.
- Layne, Christopher 1994: Kant or Cant: The Myth of the Democratic Peace, in: International Security 19: 2, 5-49.
- Lütz, Susanne 1997: Die Rückkehr des Nationalstaates? Kapitalmarktregulierung im Zeichen der Internationalisierung von Finanzmärkten, in: Politische Vierteljahresschrift 38: 3, 475-497.

- Mahnkopf, Birgit* 1998: Probleme der Demokratie unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung und ökologischer Restriktionen, in: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens?, Opladen, 55-79.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack* 1995: Democratization and the Danger of War, in: *International Security* 20: 1, 5-38.
- Maoz, Zeev* 1997: The Controversy over the Democratic Peace, in: *International Security* 22: 1, 162-198.
- Maoz, Zeev/Abdolali, Nasrin* 1989: Regime Types and International Conflict, 1816-1976, in: *Journal of Conflict Resolution* 33: 1, 3-35.
- Maoz, Zeev/Russett, Bruce* 1993: Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946-1986, in: *American Political Science Review* 87: 3, 624-638.
- Maull, Hanns W.* 1995: Internationale Politik zwischen Integration und Zerfall, in: Kaiser, Karl/Maull, Hanns W. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 2: Herausforderungen, München, 1-22.
- McGrew, Anthony* 1997: Democracy Beyond Borders? Globalization and the Reconstruction of Democratic Theory and Practice, in: McGrew, Anthony (Hrsg.): The Transformation of Democracy? Globalization and Territorial Democracy, Cambridge, 231-266.
- McMillan, Susan M.* 1997: Interdependence and Conflict, in: *Mershon International Studies Review* 41: 1, 33-58.
- Mittelman, James H.* (Hrsg.) 1996: *Globalization. Critical Reflections*, Boulder, Colo.
- Morgan, Clifton T./Campbell, Sally Howard* 1991: Domestic Structure, Decisional Constraints, and War, in: *Journal of Conflict Resolution* 35: 2, 187-211.
- Morgan, Clifton T./Schwebach, Valerie L.* 1992: »Take Two Democracies and Call Me in the Morning«, in: *International Interactions* 17: 4, 305-320.
- Mousseau, Michael* 1998: Democracy and Compromise in Militarized Interstate Conflict, 1816-1992, in: *Journal of Conflict Resolution* 42: 2, 210-230.
- Mueller, John* 1988: The Essential Irrelevance of Nuclear Weapons, in: *International Security* 44: 2, 479-526.
- Nielebock, Thomas* 1993: Frieden zwischen Demokratien. Ein empirisches Gesetz der Internationalen Beziehungen auf der Suche nach seiner Erklärung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22: 2, 179-193.
- Nölke, Andreas* 2000: Regieren in transnationalen Politiknetzwerken? Kritik postnationaler *Governance*-Konzepte aus der Perspektive einer transnationalen (Inter-) Organisationssoziologie, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7: 2, 331-358.
- Oneal, John R./Ray, James Lee* 1996: New Tests of the Democratic Peace. Controlling for Economic Interdependence, 1950-1985. Paper Prepared for Presentation at the Annual Meeting of the International Studies Association, April 16-20, San Diego, Cal.
- Oneal, John R./Russett, Bruce* 1997: The Classical Liberals Were Right: Democracy, Interdependence, and Conflict, 1950-1985, in: *International Studies Quarterly* 41: 2, 267-294.
- Oneal, John R./Russett, Bruce* 1999: The Kantian Peace. The Pacific Benefits of Democracy, Interdependence, and International Organizations, 1885-1992, in: *World Politics* 52: 1, 1-37.
- Oneal, John R./Oneal, Frances H./Maoz, Zeev/Russett, Bruce* 1996: The Liberal Peace: Interdependence, Democracy, and International Conflict, 1950-85, in: *Journal of Peace Research* 33: 1, 11-28.
- Owen, John M.* 1994: How Liberalism Produces Democratic Peace, in: *International Security* 19: 2, 87-125.
- Owen, John M.* 1997: *Liberal Peace, Liberal War: American Politics and International Security*, Ithaca, N.Y.

- Peceny, Mark* 1997: A Constructivist Interpretation of the Liberal Peace: The Ambiguous Case of the Spanish-American War, in: *Journal of Peace Research* 34: 4, 415-430.
- Pierson, Christopher* 1996: *The Modern State*, London.
- Porter, Bruce D.* 1995: Is the Zone of Peace Stable? Sources of Stress and Conflict in the Industrial Democracies of Post-Cold War Europe, in: *Security Studies* 4: 3, 520-551.
- Raknerud, Arvid/Hegre, Havard* 1997: The Hazard of War: Reassessing the Evidence for the Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research* 34: 4, 385-404.
- Ray, James Lee* 1995: *Democracy and International Conflict. An Evaluation of the Democratic Peace Proposition*, Columbia, S.C.
- Raymond, Gergory A.* 1994: Democracies, Disputes, and Third-Party Intermediaries, in: *Journal of Conflict Resolution* 38: 1, 24-42.
- Reinicke, Wolfgang/Witte, Jan Martin* 1999: Globalisierung, Souveränität und internationale Ordnungspolitik, in: Busch, Andreas/Plümper, Thomas (Hrsg.): *Nationaler Staat und internationale Wirtschaft*, Baden-Baden, 339-366.
- Risse-Kappen, Thomas* 1994a: Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: Krell, Gert/Müller, Harald (Hrsg.): *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen*, Frankfurt a.M., 159-189.
- Risse-Kappen, Thomas* 1994b: Wie weiter mit dem »demokratischen Frieden«?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1: 2, 367-379.
- Risse-Kappen, Thomas* 1995: Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 491-517.
- Rittberger, Volker* 2000: Globalisierung und Wandel der Staatenwelt, in: Menzel, Ulrich (Hrsg.): *Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen*, Frankfurt a.M., 188-218.
- Rosecrance, Richard N.* 1987: *Der neue Handelsstaat*, Frankfurt a.M.
- Rosenau, James N.* 1997: *Along the Domestic-Foreign Frontier. Exploring Governance in a Turbulent World*, Cambridge.
- Rummel, Rudolph J.* 1995: Democracies ARE Less Warlike Than Other Regimes, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 457-479.
- Russett, Bruce* 1993: *Grasping the Democratic Peace*, Princeton, N.J.
- Russett, Bruce/Oneal, John R./Davis, David R.* 1998: The Third Leg of the Kantian Tripod for Peace: International Organizations and Militarized Disputes, 1950-85, in: *International Organization* 52: 3, 441-467.
- Sassen, Saskia* 1996: *Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization*, New York.
- Scharpf, Fritz W.* 1998: Die Problemlösungsfähigkeit der Mehrebenenpolitik in Europa, in: Kohler-Koch 1998a, 121-144.
- Schmalz-Bruns, Rainer* 1999: Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6: 2, 185-244.
- Schmitter, Philippe C.* 1999: The Future of Democracy: Could It Be a Matter of Scale?, in: *Social Research* 66: 3, 933-958.
- Scholte, Jan Aart* 1997: *Global Capitalism and the State*, in: *International Affairs* 73: 3, 427-452.
- Scholte, Jan Aart* 1999: *Globalization. A Critical Introduction*, London.
- Schultze, Günther G./Ursprung, Heinrich W.* 1999: Globalisierung contra Nationalstaat? Ein Überblick über die empirische Evidenz, in: Busch, Andreas/Plümper, Thomas (Hrsg.): *Nationaler Staat und internationale Wirtschaft*, Baden-Baden, 41-89.
- Small, Melvin/Singer, J. David* 1976: The War-Proneness of Democratic Regimes, 1816-1965, in: *Jerusalem Journal of International Relations* 1: 4, 50-68.
- Sørensen, Georg* 1996: Individual Security and National Security. The State Remains the Principal Problem, in: *Security Dialogue* 27: 4, 371-386.

- Spiro, David E.* 1994: The Insignificance of the Liberal Peace, in: *International Security* 19: 2, 50-86.
- Starr, Harvey* 1997: Democracy and Integration. Why Democracies Don't Fight Each Other, in: *Journal of Peace Research* 34: 2, 153-162.
- Strange, Susan* 1996: *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*, Cambridge.
- Streeck, Wolfgang* 1998: Industrielle Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Politik der Globalisierung*, Frankfurt a.M., 169-202.
- Teusch, Ulrich* 1999: Zwischen Globalisierung und Fragmentierung. Theoriedebatten in den »Internationalen Beziehungen«, in: *Neue Politische Literatur* 44: 3, 402-425.
- Teusch, Ulrich* 2001: *Die Staatengesellschaft im Globalisierungsprozeß. Wege zu einer »antizipatorischen Politik«* (Universität Trier: Habilitationsschrift), Trier.
- Thompson, William R.* 1997: Intermittent Republics and Democratic Peace Puzzles, in: *Review of International Studies* 23: 1, 93-114.
- Thompson, William R./Tucker, Richard* 1997: A Tale of Two Democratic Peace Critiques, in: *Journal of Conflict Resolution* 41: 2, 428-454.
- Tuathail, Geraóid Ó./Herod, Andrew/Roberts, Susan M.* 1998: Negotiating Unruly Problematics, in: Herod, Andrew/Tuathail, Geraóid Ó./Roberts, Susan M. (Hrsg.): *An Unruly World? Globalization, Governance and Geography*, London, 1-24.
- Vasquez, John A.* 1987: The Steps to War: Toward Scientific Explanations of Correlates of War Findings, in: *World Politics* 40: 1, 108-145.
- Waldmann, Peter* 1997: Bürgerkrieg – Annäherung an einen schwer faßbaren Begriff, in: *Leviathan* 25: 4, 480-500.
- Walt, Stephen M.* 1999: Never Say Never – Wishful Thinking on Democracy and War, in: *Foreign Affairs* 78: 1, 146-151.
- Weart, Spencer* 1994: Peace Among Democratic and Oligarchic Republics, in: *Journal of Peace Research* 31: 3, 299-314.
- Weart, Spencer R.* 1998: *Never at War: Why Democracies Will Not Fight One Another*, New Haven, Conn.
- Weiss, Linda* 1998a: *The Myth of the Powerless State*, Ithaca, N.Y.
- Weiss, Linda* 1998b: *State Capacity. Governing the Economy in a Global Era*, Cambridge.
- Wolf, Klaus Dieter* 1997: Entdemokratisierung durch Selbstbindung in der Europäischen Union, in: Wolf, Klaus-Dieter (Hrsg.): *Projekt Europa im Übergang*, Baden-Baden, 271-294.
- Wolf, Reinhard* 1996: Correspondence: Democratization and the Danger of War, in: *International Security* 20: 4, 176-180.
- Zakaria, Fareed* 1997: The Rise of Illiberal Democracy, in: *Foreign Affairs* 76: 6, 22-43.
- Zielinski, Michael* 1995: *Friedensursachen*, Baden-Baden.
- Zürn, Michael* 1996: Konfliktlinien nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, in: Beyme, Klaus von/Offe, Claus (Hrsg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation* (PVS-Sonderheft 26), Opladen, 93-127.
- Zürn, Michael* 1998a: *Regieren jenseits des Nationalstaates*, Frankfurt a.M.
- Zürn, Michael* 1998b: Gesellschaftliche Denationalisierung und Regieren in der OECD-Welt, in: Kohler-Koch 1998a, 91-120.
- Zürn, Michael* 2000: Vom Nationalstaat lernen, in: Menzel, Ulrich (Hrsg.): *Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen*, Frankfurt a.M., 19-44.
- Zürn, Michael/Zangl, Bernhard* 1999: Denationalisierung und die neue Sicherheitspolitik in der OECD-Welt – Ein Problem für die Demokratie?, in: Greven, Michael Th./Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): *Politische Theorie – heute*, Baden-Baden, 331-361.